Einzelpreis 15 Pf. Halle, Freitag, den 4. Juli 1919. 30. Jahrgang. Nr. 154.

Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 16165.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Streikabbruch – Streikanfang.

Der Streik der Berliner Eisenbahner darf im großen Ganzen wohl für beendet gelten. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der größte Teil der Arbeiter und Beamten des Eisenbahndirektionsbezirkes Berlin auf den Arbeitsstätten erschienen. Der Eisenbahnverkehr ist im allgemeinen wieder aufgenommen worden. Der Güterverkehr, der vor allen Dingen zu den ernstesten Befürchtungen für die Lebensmittel- und Kohlenversorgung der Berliner Bevölkerung Veranlassung gegeben hatte, ist fast vollständig wieder hergestellt. Die Züge nach und von den Vororten verkehren wieder, doch ist die Zugfolge noch sehr unregelmäßig. Der Ringbahnverkehr ruht noch völlig, da sich die Maschinen in schlechtem, zum Teil unbrauchbarem Zustande befinden. Die Ringbahn wird erst nach einigen Tagen wieder verkehren können.

Von wohlunterrichteter Seite hören die P. P. N.: Nach Lage der Dinge erscheint es noch verfrüht, von einem völligen Abbruch des Eisenbahnerstreiks zu reden; doch darf die Lage als wesentlich entspannt bezeichnet werden. Man ist sozusagen über den Berg hinaus; doch sind die Befürchtungen nicht von der Hand zu weisen, daß die Arbeiter in den Werkstätten zwar vollzählig zur Arbeit erscheinen, dort aber passive Resistenz betreiben werden.

Noch ehe der Streik in Berlin völlig beendet war, haben die Eisenbahner in einigen süddeutschen Städten, so Frankfurt, Darmstadt, den Betrieb eingestellt. Die Arbeitsniederlegung ist hier wohl in der Hauptsache als eine Sympathieerklärung mit den Berliner Eisenbahnern aufzufassen.

Zu der Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin, schreibt die Freiheit, daß, nach der allgemeinen Stimmung zu urteilen, die Mehrzahl der Eisenbahner nur mit großem Widerwillen und unter dem Zwang der Verhältnisse an die Arbeit zurückgekehrt ist. Sie betrachten die Wiederaufnahme der Arbeit keineswegs als ein Zukreuzekriechen vor der Regierung. Wie schon betont, wurde der Beschluß, die Arbeit wieder aufzunehmen, lediglich von dem Gesichtspunkt aus gefaßt, die Allgemeinheit durch den Streik nicht länger in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Eisenbahner erwarten nach wie vor von der Regierung, daß sie ihren Herrenstandpunkt aufgibt, die Notlage der Eisenbahner einer ernsthaften Prüfung unterzieht und ihnen im gegebenen Augenblick durch eine Lohnaufbesserung entgegenkomme.

Während des Krieges und auch während der Demobilisation war die Regierung und die maßgebende Presse dauernd des Lobes voll über den aufopferungsvollen Dienst, den die Eisenbahner pflichtgemäß ausübten, ohne den Betrieb durch Lohnbewegungen irgendwelcher Art zu stören. Ohne Zweifel waren die Eisenbahner während des Krieges nicht auf Rosen gebettet, sie konnten auch während der Revolution ihre Lage nicht so verbessern, daß ein einigermaßen günstiger Ausgleich zwischen den Löhnen und den Lebensmittelpreisen erzielt worden wäre. Sie können deshalb mit gutem Grund von der Regierung erwarten, daß sie ihren Forderungen Rechnung trägt, sobald es die allgemeine Wirtschaftslage gestattet. Vor allem erwarten die Eisenbahner, daß die Regierung aus ihrer Machtposition heraus keine Maßregelungen vornimmt. Das wäre ein schmählicher Verrat an dem Vertrauen, das die Eisenbahner bei der Wiederaufnahme der Arbeit in die Regierung setzten.

Die Lage in den Eisenbahnbetrieben ist nach wie vor sehr ernst. Sie kann nur durch ein Entgegenkommen der Regierung gebessert werden. Es braucht bloß darauf hingewiesen zu werden, daß sich bei den gestrigen Abstimmungen wichtige Einzelbetriebe noch mit großer Majorität für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen haben, während in anderen Betrieben, wo der Abbruch des Streiks beschlossen wurde, sehr große Minderheiten dagegen stimmten, um ein wirkliches Bild von der Stimmung der Eisenbahner zu gewinnen. Es ist klar, daß die vorhandene Mißstimmung nicht auf politische Verhetzung zurückzuführen ist, sondern daß sie ihre wirkliche Ursache in der allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Eisenbahnerberufes hat. Mit Machtmitteln wird gegen diese Stimmung nichts ausgerichtet. Nur Vernunft und Entgegenkommen der maßgebenden Stellen kann die Gegensätze ausgleichen und das deutsche Wirtschaftsleben vor neuen schweren Erschütterungen bewahren

Die Straßenbahn- und Hochbahnangestellten in Berlin betonen nach wie vor ihre Bereitwilligkeit, in Verhandlungen einzutreten. Wenn es bisher nicht dazu gekommen ist, so liegt das ausschließlich an den Direktionen der Berliner Verkehrsinstitute und an der Regierung, die jede Vermittlung ablehnt. Der Erlaß des Reichsarbeitsministeriums hat unter den Straßenbahnern und Hochbahnangestellten große Erbitterung hervorgerufen. Dieser Erlaß kann nach ihrer Auffassung nur die Machtposition der Unternehmer stärken und ihre ablehnende Haltung den Forderungen der Angestellten gegenüber noch mehr bekräftigen. Die Straßenbahner erblicken in dem Erlaß eine einseitige Beeinflussung des Unternehmertums. Sie halten daran fest, daß die Gesellschaften bei einigermaßen gutem Willen den Forderungen gerecht werden können.

•

Der Eisenbahnerstreik in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 3. Juli. (W. T. B.) Der Eisenbahnverkehr ist heute früh 6 Uhr infolge des Ausstandes der Eisenbahner vollkommen eingestellt worden bis auf die Züge, die nach dem besetzten Gebiet fahren, um Komplikationen mit der Entente zu vermeiden. Aus gleichem Grunde arbeitet auch die Hauptwerkstätte in Nied, die im besetzten Gebiet liegt. Die wichtigsten Lebensmittelzüge und die Züge mit lebendem Vieh werden durch die Streikleitung befördert.

Der Eisenbahnerstreik hat von Frankfurt auch auf Mainz übergegriffen. Nach einer Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung haben die Eisenbahnarbeiter des unbesetzten Teils des Direktionsbezirks Mainz die Arbeit niedergelegt. Ihre Forderungen sind im wesentlichen die gleichen wie in Berlin.

Verlegung der Waffenstillstandskommission. Berlin, 3. Juli. (W. T. B.) Marschall Foch ließ der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa mitteilen, der internationalen Waffenstillstandskommission werde als zukünftiger Sitz Köln angewiesen werden. Als Sitz für die deutsche Kommission schlage er Düsseldorf vor.

Hungerunruhen in Italien.

Amsterdam, 3. Juli. (W. T. B.) Laut Telegraaf meldet Times aus Mailand, daß am 1. Juli in Forli und anderen großen italienischen Orten in Zusammenhang mit der Teuerung ernste Unruhen stattgefunden haben. Viele Läden wurden geplündert und zerstört. Es kam zu heftigen Schießereien.

Die durch die Lebensmittelteuerung in der Provinz Romagna hervorgerufene revolutionäre Bewegung breitet sich immer weiter aus. Bemerkenswert ist, daß sich die Bewegung nicht nur auf die Sozialisten beschränkt, sondern auch auf die Republikaner und Katholiken übergreift. Die Bewegung verbreitet sich weiter auf Fanza und Imola aus. Auch aus anderen Provinzen werden Teuerungskundgebungen berichtet. In Torre Annunziata kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. — In Ancona beschloß eine von 3000 Arbeitern besuchte, von der Gewerkschaftskammer einberufene Versammlung, in den Generalstreik zu treten als Protest gegen die Lebensmittelteuerung. Es wird die Herabsetzung der Preise um 50 Prozent verlangt. In Reggio Emilia nahm der sozialistische Provinzialkongreß mit geringer Mehrheit eine Tagesordnung an, die sich für den Bolschewismus erklärt.

Lloyd Georg über den „Friedens"vertrag.

Amsterdam, 4. Juli. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus London über die Unterhaussitzung vom 3. Juli: Ein dichtgedrängtes Haus brachte Lloyd George eine Ovation. Lloyd George verteidigte die Bestimmungen des Vertrages und betonte Deutschlands Schuld. Der Friedensvertrag bezwecke, Deutschland zu zwingen, soweit wie möglich wieder herzustellen, zu ersetzen und wieder gutzumachen, und ein Exempel an Deutschland zu statuieren, das ehrgeizige Herrscher und Politiker davon abhalte, eine solche Niedertracht zu wiederholen. Ueber die Lage Frankreichs sprechend, betonte Lloyd George die Notwendigkeit, es gegen unherausgeforderte Angriffe sicherzustellen. Er sagte: Wenn der Völkerbund einen Krieg verhindere, so wäre der Bund damit gerechtfertigt. Lloyd George verteidigte den einstweiligen Ausschluß Deutschlands aus dem Völkerbunde. Wenn Deutschland zeigte, daß es durch das Feuer des Krieges geläutert sei, und einsehe, daß seine Politik in den letzten 150 Jahren ein schwerer Fehler gewesen sei, dann sei es ein geeignetes Mitglied des Völkerbundes. Lloyd George behandelte ausführlich das Mandatssystem und das Arbeiterabkommen. Er betonte die Rolle, die das britische Reich im Kriege gespielt habe, in dem es 7 700 000 Mann für die alliierten Streitkräfte stellte und 3 000 000 Verluste hatte. Ohne das britische Reich würde der Krieg nach sechs Monaten zusammengebrochen sein. Die Rolle Großbritanniens sei ein großartiges Beispiel, was ein größeres Volk, das einig und von einem gemeinsamen Ziele beseelt sei, erreichen könne. Lloyd George appellierte an die politische Einigkeit und an die Fortdauer des patriotischen Geistes, der allein den Krieg gewonnen habe und allein zum wahren, ruhmreichen Triumph führe. (Lebhafter Beifall.)

London, 3. Juli. (Reuter.) Unterhaus. Nach der Rede Lloyd Georges erklärte sich das Haus einstimmig mit der Einbringung der beiden Gesetzentwürfe einverstanden, die den Friedensvertrag und das englisch-französische Uebereinkommen, in welchem gegen einen nicht herausgeforderten Angriff auf Frankreich Vorkehrungen getroffen sind, zum Gegenstand haben.

Gegen den Gewaltfrieden!

Die Haltung der englischen Arbeiterpartei:

Amsterdam, 3. Juli. (W. T. B.) Daily Herald schreibt zu der Frage, wie die Arbeiterpartei des englischen Unterhauses sich gegenüber der Ratifikation des Friedensvertrages verhalten muß: Wir raten dringend, daß der Leiter der Partei den Vertrag ablehnt und daß alle Abgeordneten der Arbeiterpartei den Saal verlassen. Das wird ein wirksamer, würdiger und dramatischer Protest sein. Es wird ein deutlicher Beweis sein, daß sich die Arbeiter von diesem Frieden abwenden. Wenn der Haß bleibt, so bedeutet er in Zukunft für die Arbeiter Sorge und Verluste und keiner, der jetzt noch nicht Geborenen wird es jemals den Arbeitern dieser Generation vergeben, daß sie einen Vertrag unterstützt haben, der neue Kriege verursacht hat. Das unvermeidliche Gegen-den-Vertrag-stimmen bedeutet an sich nichts. Der Vertrag ist über unsere Köpfe und über den Kopf des Parlaments weg unterzeichnet worden.

Zur Auslieferung Wilhelms.

Amsterdam, 3. Juli. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus London: Es verlaute, daß die an Holland zu richtende, die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers betreffende Note von 22 oder 23 Mächten unterschrieben sein werde. In den Wandelgängen des britischen Parlaments verlaute, daß das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Kaiser von dem Ausschuß geregelt werde, den die Alliierten zur Durchführung der Friedensbedingungen errichten. Der Gerichtshof werde aus fünf Richtern bestehen, die von den fünf alliierten Großmächten dazu erwählt sind. Man hofft, daß die Gerichtsverhandlung im Herbst stattfinden werde, und erwarte zuversichtlich, daß der Kaiser zugegen sein werde, da seine Auslieferung von sämtlichen alliierten und assoziierten Mächten gefordert werden würde.

London, 3. Juli. (Reuter.) Lloyd George teilte dem Unterhause mit, daß der Gerichtshof zur Aburteilung des „Kaisers" seinen Sitz in London haben werde.

Amerika gewährt Kredit? Amsterdam, 3. Juli. (W. T. B.) Der Parlamentskorrespondent der Daily News berichtet: Es verlautet gerüchtweise, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, Deutschland große Kredite für Wareneinkäufe zu gewähren, sobald die Blockade aufgehoben ist.

Die Steuervorlagen.

Von den neuen Steuervorlagen gibt eine offizielle Darstellung eine Inhaltsangabe, die ein vorläufiges Urteil gestattet. Es heißt darin:

Drei von den Gesetzentwürfen, mit denen sich die Nationalversammlung zu beschäftigen hat, schaffen keine dauernden Einnahmequellen: der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, der Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und der Entwurf eines Rayonsteuergesetzes.

Der Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 will im Anschluß an das Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 (vom 26. Juli 1918) die Erhebung einer Kriegsabgabe von dem vornehmlich im Jahre 1918 erzielten Mehreinkommen der Einzelpersonen und von dem im fünften Kriegsgeschäftsjahre erzielten Mehrgewinn der Gesellschaften vorschreiben. Dementsprechend zerfällt der Gesetzentwurf in zwei Hauptteile: erstens in die Abgabepflicht der Einzelpersonen und zweitens in die Abgabepflicht der Gesellschaften. Das Mehreinkommen, das die Einzelpersonen gegenüber dem im Gesetzentwurf näher bezeichneten Friedenseinkommen erzielt haben, soll, soweit es 3000 Mk. übersteigt, mit einer Steuer belegt werden, die für die ersten 10 000 Mk. 5 v. H. beträgt und auf Grund eines Staffeltarifs bis auf 50 v. H. ansteigt. Vom Mehrgewinn, den die Gesellschaften im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielt haben, ist eine Abgabe bis zu 80 v. H. zu bezahlen, während nach dem Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 die höchste Abgabe 60 v. H. betrug.

Der Entwurf des Kriegsabgabengesetzes für 1919 will zwar die Kriegsgewinnbesteuerung der Gesellschaften, nicht aber auch die der Einzelpersonen abschließend regeln. Diesem Zwecke soll vielmehr der Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs dienen, der sich daher auf die Besteuerung der Einzelpersonen beschränkt. Sie haben eine Abgabe von dem in der Zeit vom 31. Dezember 1913 bis 31. Dezember 1918 erzielten Vermögenszuwachs, soweit er den Betrag von 5000 Mk. übersteigt, zu zahlen. Ueber die Höhe der Abgabe bestehen zwischen der Regierung und dem Staatenausschuß Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung will, daß jeder Vermögenszuwachs, der den Betrag von 204 500 Mk. übersteigt (einschließlich der abgabefreien 5000 Mk.), restlos erfaßt wird. Der Staatenausschuß will, daß die vollständige Wegsteuerung erst beim Vermögenszuwachs von 440 500 Mk. eintritt.

Von den Gesetzentwürfen, die dem Reiche dauernde Einnahmen zuführen sollen, ist in erster Reihe der Entwurf eines Erbschaftssteuergesetzes zu erwähnen. Er sieht den Ausbau der bestehenden Erbschaftsbesteuerung im Sinne ihrer Ausdehnung auf das Gatten- und Kindeserbe und der verschärften Heranziehung der entfernten Verwandtschaftsgrade vor, ferner eine entsprechende Erweiterung der Schenkungssteuer. Schließlich ist in dem Entwurf eine Nachlaßsteuer vorgesehen, die eine Besteuerung des gesamten Vermögens des Verstorbenen, das bei seinem Tode vorhanden ist, betrifft.

Der Entwurf eines Grundwechselsteuergesetzes, der nächstdem zu erwähnen ist, will die verschiedenen Abgaben, die jetzt vom Reiche, von den Bundesstaaten und Kommunen beim Grundstücksumsatz erhoben werden, vereinheitlichen. Es soll in Zukunft beim Eigentumsübergang die Grundwechselsteuer des Reichs, und zwar in Höhe von 4 v. H. des gemeinen Wertes des Grundstücks, erhoben werden, an der dann die gegenwärtigen Steuergläubiger verhältnismäßig beteiligt werden würden.

Der Entwurf eines Rayonsteuergesetzes will eine abermalige Abgabe auf solches Grundeigentum legen, das sich in der Umgebung von Festungen befindet, bisher infolgedessen gewissen Beschränkungen unterworfen war, nunmehr aber, da eine baldige Beseitigung der Festungsanlagen in weitem Umfange wahrscheinlich ist, von den Beschränkungen befreit wird und somit einen unerwarteten Wertzuwachs erfährt.

Die geplanten indirekten Steuern werden in der offiziösen Darstellung wie folgt beschönigt:

„Im Entwurf eines Tabaksteuergesetzes wird eine Neugestaltung der Tabakbesteuerung in der Richtung vorgeschlagen, daß von allen Tabakerzeugnissen eine nach ihrem Kleinverkaufspreise abgestufte Verbrauchsabgabe unter Verwendung von Steuerzeichen erhoben werden soll. Die Besteuerung des inländischen Rohtabaks soll beseitigt werden, wodurch die Herstellung der billigeren Zigarren erleichtert wird, und vom ausländischen Rohtabak soll unter Aufhebung des Wertzuschlags lediglich ein Gewichtszoll in der Höhe zur Erhebung gelangen, wie er zum Schutze des heimischen Tabakbaues notwendig ist. Die Verbrauchsabgabesätze für Zigarren bewegen sich in 22 Abstufungen zwischen 8 Mk. für 1000 Stück und 500 Mk. für 1000 Stück je nach der Höhe der Kleinverkaufspreise. Bei den Zigaretten soll der durch das Gesetz vom 12. Juni 1916 eingeführte Kriegszuschlag mit der Zigarettensteuer vereinigt werden und darüber hinaus eine weitere Abgabenerhöhung eintreten. Die Abgabensätze für Zigaretten bewegen sich in 11 Abstufungen zwischen 10 Mk. für 1000 Stück (bei Zigaretten bis zu 3 Pf. das Stück) und 140 Mk. für 1000 Stück (bei Zigaretten von über 25 Pf. das Stück).

Auch eine Erhöhung der Zuckersteuer wird notwendig. Sie soll statt 14 Mk. in der Folge 30 Mk. für 100 Kilogramm Reingewicht betragen. Das würde einer Erhöhung des Kleinhandelspreises um 8 Pf. für das Pfund gleichkommen — eine Belastung, die sehr gering ist, wenn man bedenkt, mit welchen Preissteigerungen während des Krieges leider gerechnet werden mußte.

Auch die Belastung, die sich aus der geplanten Zündwarensteuer ergibt, kann nicht als unerträglich bezeichnet werden, zumal wenn man in Betracht zieht, daß sich die Bevölkerung in Kriegszeiten für Zündwaren mit weit höheren Preisen abgefunden hat, als sie einschließlich der Steuer nach der Wiederkehr normaler Zeiten zu erhoffen sind. Es soll nämlich die Steuer für Zündhölzer und Zündkerzchen verdoppelt werden, so daß z. B. für Schachteln mit 30 bis 60 Zündhölzern die Steuer 8 Pf. für jede Schachtel, für Schachteln mit 20 oder weniger Zündkerzchen 10 Pf. für jede Schachtel beträgt. Außerdem werden zum Schutze der Zündholzindustrie und des Ertrages der Zündwarensteuer neu die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190704-15/fragment/page=0001

Feuerzeug zur Besteuerung herangezogen. Auch eine Erhöhung des Eingangszolles für vom Ausland eingeführte Zündhölzer und Zündkerzchen ist vorgesehen.

Der Entwurf eines Vergnügungssteuergesetzes sieht vor, daß alle von Bundesstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden erlassenen Vorschriften, nach denen eine Vergnügungssteuer erhoben wird, unwirksam werden. An deren Stelle soll die Reichsvergnügungssteuer treten, von deren Ergebnis die Hälfte dem Reiche zufließen soll. Es werden von der Steuer alle Veranstaltungen getroffen werden, die den Zweck haben, zu unterhalten, zu ergötzen, zu erbauen oder zu belehren, ausgenommen solche, die lediglich dem Unterricht in Unterrichtsanstalten dienen.

Das Kartenspiel soll ebenfalls in Zukunft steuerlich höher belastet werden. Die jetzige Reichsstempelabgabe von 30 Pf. bzw. 50 Pf. für Spielkarten ist bereits seit dem Jahre 1878 in Kraft, hat also seit mehr als 40 Jahren keine Erhöhung erfahren. Die Steuer soll sich in der Folge für Kartenspiele von mehr als 24 bis einschließlich 48 Blättern auf 2 Mk. belaufen; für Kartenspiele mit weniger Blättern bzw. mit mehr Blättern ermäßigt sich oder erhöht sich der Satz. Auch die vom Auslande eingeführten Spielkarten sind der Steuer unterworfen; sie werden überdies einen erhöhten Eingangszoll zu tragen haben."

•

Die finanzielle Belastung Deutschlands ist ungeheuer. Die laufenden Ausgaben erfordern einen auf 17½ Milliarden Mark geschätzten Jahresbedarf. Dazu müssen die gewaltigen Summen aufgebracht werden, die zur Erfüllung des Friedensvertrags notwendig sind. Wenn eine Deckung erzielt werden soll, ist es notwendig, ein Gesamtprogramm für die Finanzwirtschaft des Reichs aufzustellen, aus dem einwandfrei hervorgehen muß, wie sich die gegenwärtige Regierung es vorstellt, ohne Bankerott die Finanzfrage zu lösen. Die Regierung Scheidemann hat ein derartiges Programm nicht gehabt. Was Herr Schiffer, und nach ihm Herr Dernburg vorgeschlagen haben, war höchste Flickarbeit. Verlegenheitsprodukt nach den alten verwerflichen Steuermethoden im alten Deutschland. Aus dieser Verlegenheitsarbeit geht klar hervor, daß die Regierung Scheidemann nicht entschlossen war, nach sozialistischen Grundsätzen an die Lösung der Finanzfrage heranzugehen, daß sie fortwurstelte, ohne ernsthaft an den bevorstehenden Bankerott zu denken.

Die Regierung Bauer hat das alte Dernburgsche Finanzprogramm einfach übernommen. Auch sie beginnt die Lösung der Finanzfrage durch Vorlage von Gesetzen, die an die Finanzreformgesetze früherer Zeiten erinnern. Das Dogma, daß man ohne indirekte Steuern nicht auskomme, das früher von der Sozialdemokratie auf das schärfste bekämpft worden ist, wird von dem Finanzminister einer Regierung, die in der Mehrheit aus Rechtssozialisten besteht, vertreten. Eine Reihe von Gesetzen über indirekte Steuern ist in dem Steuerbündel enthalten, das die Nationalversammlung rasch erledigen soll. Die Zuckersteuer soll so angespannt werden daß das Pfund Zucker um 8 Pf. im Preise steigen muß, die Steuer auf Zündhölzer wird verdoppelt, die Tabaksteuer so gestaltet, daß sie einen Betrag von einem Drittel des Kleinverkaufswertes der in Deutschland umgesetzten Fabrikate erreichen soll. Die Begründung dieser Anspannung ist überall die gleiche: die Bevölkerung ist an hohe Preise gewöhnt; wenn also nach dem Frieden der Preissturz eintritt, kann der Fiskus hohe Steuerbeträge durch indirekte Steuern auf Bedarfsgegenstände legen, ohne daß die jetzt gezahlten Preise überschritten werden. Der Fiskus will also Nutzen ziehen aus der Preissteigerung während des Krieges.

Die Summen, die durch die Erhöhung der indirekten Steuern zusammenkommen werden, sind nach dem Maßstab früherer Zeiten beträchtlich, aber gegenüber dem ungeheuren Bedarf des Reiches bedeuten sie einen Tropfen auf einen heißen Stein. Was bedeuten gegenüber 17½ Milliarden Bedarf 10 Millionen, die man durch den Spielkartenstempel, 50 Millionen, die man aus der Zündholzsteuer herausschlagen will? Ein Finanzprogramm, das von vornherein mit solchen kleinen Mittelchen rechnet, kann nicht großzügig sein.

Die Quelle, aus der alle Steuerbeträge fließen, ist letzten Endes die produktive Arbeit. Auch die indirekten Steuern werden aus Einkommen oder Vermögen gezahlt. Das Prinzip eines großzügigen Finanzprogramms müßte sein, die produktive Arbeit des ganzen Volkes direkt der Deckung des Staatsbedarfs nutzbar zu machen. Das erfordert freilich, daß in der deutschen Volkswirtschaft sozialistische Maßregeln zur Durchführung kommen. Dazu ist die jetzige Regierung ebensowenig entschlossen wie die Nationalversammlung. Sie werden deshalb auch mit allen steuerlichen Künsten, die jetzt geübt werden, den Bankerott nicht aufhalten können. Es gibt in der jetzigen Lage nur einen Ausweg: weitestgehende Sozialisierung.

•

Die Vermögensabgabe.

Weimar, 8. Juli. Wie W. T. B. von zuständiger Seite erfährt, sind, entgegen anders lautenden Meldungen, im Reichsministerium der Finanzen die Entwürfe der Vermögensabgabe, der Umsatzsteuern und der Reichsabgabenordnung fertig ausgearbeitet. Die Vorlagen werden der Nationalversammlung und dem Staatenausschuß unverzüglich zugehen, so daß sie noch vor Beginn der Sommerferien im Parlament erledigt und Gesetzeskraft erhalten werden.

•

Eine Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren

steht nach dem Berl. Tagebl. bevor. Die Vorlage, die der Nationalversammlung zugehen werde, sehe Portoerhöhungen für die Postsendungen, und für die Telephongebühren eine Erhöhung von 100 Prozent vor.

General Hoffmann bleibt.

Berlin, 8. Juli. Vom Kriegsministerium wird mitgeteilt: Die dem General Hoffmann zugeschriebene Presseveröffentlichung ist tatsächlich von ihm nicht ausgegangen. General Hoffmann hat persönlich, wie viele andere und wie im Innern gewiß alle Offiziere, gegen die Schmachbedingungen protestiert und hat zum Ausdruck gebracht, daß er bei Auslieferung des Kaisers nicht weiterdienen könne. Nach dem die durch die Annahme des Friedens geschaffene Lage bei den Truppen bekanntgeworden war, hat General Hoffmann ausdrücklich gemeldet, daß er den Befehlen seiner Vorgesetzten gehorsam bleibe, nur die Bitte hinzufüge, ihn von seinem Posten zu entheben, falls sein Grenzabschnitt geräumt werden müsse.

Den Truppen war vom Oberkommando Süd im Anschluß hieran besonders eingeschärft worden, daß sie den Räumungsbefehlen der Regierung zu folgen haben werden.

Diese Aufklärung entzieht den zahlreichen Presseangriffen gegen General Hoffmann den Boden. Die Regierung hat keinen Anlaß, einen tatkräftigen und gehorsamen Führer kurz vor dem Abschluß der ihm gestellten Aufgaben zu entlassen.

In der augenblicklichen Lage kann niemand unseren Offizieren den Ausdruck ihres bitteren Schmerzes verargen. Diesen Empfindungen trägt auch die Regierung volle Rechnung, solange Ordnung und Gehorsam gewahrt bleiben. Das ist tatsächlich bis heute unverändert der Fall gewesen und gereicht den Offizieren und Truppen zum hohen Lobe.

•

Die Wahrheit ist: die Regierung weicht vor den frondierenden Generalen und Offizieren zurück! Die Kundgebungen gegen sie dauern an, aber sie wagt keine Absetzung — sie kann Energie nur gegen Arbeiter zeigen.

Beyers Dank an Hindenburg.

Zur Auflösung der Obersten Heeresleitung.

Weimar, 8. Juli. (W. T. B.) Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der bereits vor einiger Zeit um Genehmigung seines Rücktritts bei Abschluß des Friedens gebeten hatte, verläßt am heutigen Tage Kolberg. Gleichzeitig ist auch die Oberste Heeresleitung aufgelöst. Aus diesem Anlaß hat der Ministerpräsident an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg im Namen der Reichsregierung folgendes Telegramm gesandt:

„Im Namen der Reichsregierung sage ich Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, noch einmal unseren unabänderlichen Dank für alle Dienste zum Besten des Vaterlandes. In Tagen der Not wurden Sie gerufen, in Tagen noch schlimmerer Nöte schließen Sie Ihre Aufgaben ab. Wir, die wir im Zwange der Pflicht auf unseren Posten bleiben müssen, werden immer ein großes Vorbild in der Art sehen, wie Sie die Pflicht gegenüber dem Vaterlande höher gestellt haben als persönliche Gefühle und Anschauungen.

(gez.) Bauer."

Preußische Landesversammlung.

Justizdebatten.

Mit dem Justizetat wurden die diesjährigen Etatsberatungen eingeleitet. Im Vergleich zu früher kaum ein Unterschied. Beschwerden wie früher, nur daß sie sich gegen eine sogenannte sozialistische Regierung wenden und oft sehr viel krassere Zustände betreffen als früher. Das Tempo der Beratungen ist auch wesentlich beschleunigt. Fürchtet man unsere Kritik? Die bleibt den Herrschaften nicht erspart.

Die bürgerlichen Redner drückten nicht ohne Grund ihre Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Rechtspflege aus. Im übrigen kam es ihnen aber nur auf den Stimmenfang an. Die materielle Besserstellung der Justizbeamten stand im Mittelpunkt ihres Interesses. Hierin kam ihnen der Justizminister weit entgegen. Von demokratischer Seite wurde eine Reform der Strafpraxis das Wort geredet. -- Die Debatte wurde jedoch erst von unserem Redner, dem Genossen Dr. Rosenfeld, auf die gebührende Stufe gehoben. Schonungslos deckte er, teilweise unter dem Toben des Hauses, den Klassencharakter unserer heutigen Rechtspflege auf. Der Lebedourprozeß lieferte ihm eine Unmenge Material dafür, welchen Tiefstand wir bereits erreicht haben. Mit der gebotenen Schärfe wandte er sich auch gegen die außerordentlichen Kriegsgerichte und ihr, allem Rechtsempfinden hohnsprechendes Verfahren. Dringend forderte er deren Beseitigung wie auch die des Belagerungszustandes. Dann geißelte er das System der Schutzhaft, durch das Tausende von Unschuldigen ihrer politischen Gesinnung wegen monatelang im Gefängnis schmachten. Er verlangte, daß endlich für die politischen Gefangenen volle Amnestie gewährt werde. Damit kam er auf die haltlosen Zustände im Gefängniswesen zu sprechen. Er wandte sich gegen die fortgesetzten Mißhandlungen der Gefangenen, gegen deren dauerndes Hungern und gegen die Beschränkung der Angehörigen, die Lebensmittel bringen wollen. Demgegenüber forderte er, daß ein neuzeitlicher, humaner Geist auch im Gefängniswesen einziehe, ganz besonders gegenüber Jugendlichen und gefangener Mütter mit Säuglingen. Man solle die kleinen Lebewesen nicht büßen lassen für die Vergehen der Mütter. Man solle aber auch nicht gegen die Mütter so grausam sein, ihnen ihre Kinder zu entreißen.

Als ein Schreckenskind seiner Partei entpuppte sich der rechtssozialistische Oberlandesgerichtsrat Freymuth aus Hagen in Westfalen. Dieser Mann, der nicht etwa erst seit dem 9. November, sondern bereits seit dem 30. Oktober 1918 der Partei angehört, brachte es fertig, gegen die Wahl der Richter durch das Volk zu polemisieren und zu verlangen, daß die Richter nach wie vor ernannt würden. Das ging sogar seinen Parteifreunden zu weit, welche ihm zuriefen, daß er nicht ermächtigt sei, dies vorzutragen. Genosse Rosenfeld nagelte diesen Angriff gegen einen wichtigen Punkt des Erfurter Programms sofort fest und dokumentierte, daß wir nach wie vor daran festhalten, daß die Wahl der Richter durch das Volk erfolge und daß besonders auch die Mitwirkung der Schöffen aus allen Kreisen der Bevölkerung sichergestellt werde.

Heine, einstmals Justizminister, jetzt Minister des Innern, der seinerzeit zugunsten des Genossen Lebedour in das schwebende Verfahren eingriff und die schwersten Verdächtigungen als feststehende Tatsachen hinstellte, hat, obwohl Rosenfeld öffentlich die Unwahrheit dieser Behauptungen auf Grund des Prozeßergebnisses feststellte, bis heute noch nicht ein Wort der Entschuldigung oder Rechtfertigung seiner schnellfertigen Verdonnerung des politischen Gegners gefunden.

•

39. Sitzung vom 3. Juli 1919.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 22 Min.

Beim Justizetat wird der Titel Ministergehalt bewilligt, ebenso der Rest der Ausgaben. Ein Antrag der Deutschnationalen, wonach alle Rechtsanwälte nach 15jähriger Dienstzeit, und zwar unter doppelter Anrechnung der Kriegsjahre, das Notariat erhalten sollen, wird angenommen, ebenso eine Reihe von Anträgen und Ausschußentschließungen.

Es folgt die

zweite Lesung des Handels- und Gewerbetats.

Abg. Dr. Hager (Ztr.) richtet an die Regierung die förmliche Anfrage, welche schleunigen Maßnahmen sie ergreifen wolle, um eine weitere Entwertung der Kriegsanleihen zu verhüten. Viele Arbeiter hätten für sie ihre Spargroschen hingegeben. Mündelgelder seien in großem Umfange in Kriegsanleihe angelegt worden.

Unterstaatssekretär Neuhaus erwidert, die Erwägungen über die zu treffenden Maßnahmen ständen dicht vor dem Abschluß.

Abg. Dr. Leibig (D. Vp.) befürwortet die staatliche Förderung des Mittelstandes.

Abg. Woldt (Soz.) bekämpft die Anschauungen des Unternehmertums, das sich über die Grundsätze der Moral hinweggesetzt habe.

Abg. Dr. Hager erklärt die Bereitwilligkeit des Zentrums, an einer verständigen Sozialisierung mitzuwirken.

Freitag 1 Uhr: Fortsetzung; erste Lesung der Gemeindeverfassungsvorlage. — Schluß 6 Uhr.

Keine Einwohnerwehr in Leipzig.

Die Leipziger Stadtverordnetensitzung hat die Gründung einer Einwohnerwehr abgelehnt. Die Rechtssozialisten haben, obgleich sie die eigentlichen Väter der Vorlage sind, obgleich sie unter Vorantritt ihres Führers Mulau, des Regierungsbeauftragten, seinerzeit die Notwendigkeit der Wehr zum Schutze von Leben und Eigentum der Einwohnerschaft lebhaft vertraten und sich an ihren Vorarbeiten eifrigst beteiligt haben, jetzt nicht gewagt, für die Vorlage zu stimmen, weil sie die ablehnende Haltung der Arbeiterschaft fürchteten. Die Bürgerlichen beteuerten in der Sitzung, daß die Wehr mit Politik nichts zu tun habe. Der Redner unserer Partei, Genosse Liepmann, konnte den schlagenden Gegenbeweis führen, indem er ihnen eine Rede des Generals Maercker vorführte, die dieser seinerzeit an Leipziger Studenten richtete. Darin wird die Einwohnerwehr ganz ausgesprochen als Kampfmittel des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft gekennzeichnet.

Die Leipziger Militärbehörde scheint von starken Befürchtungen vor Umsturzaktionen befallen zu sein. Sie hat am Mittwoch den Leipziger Hauptbahnhof und das Quartier des Stabes durch Stacheldrahtverhaue schützen lassen. Zugleich sind Haussuchungen vorgenommen worden bei solchen Leuten, die man für Kommunisten hält. Im Laden der U. S. P.-Genossenschaft, die sich mit dem Vertrieb sozialistischer Literatur befaßt, sind Zeitungen beschlagnahmt worden, deren Vertrieb verboten ist. Es sind aus diesem Grunde auch mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. Dagegen ist ein Offizier, der am 1. Juli in einer Studentenversammlung der Universität erklärt hat, daß die Studenten unter den Offizieren nicht für die Regierung Bauer eintreten, und in den nächsten 14 Tagen zu entscheidenden Handlungen schreiten werden, wozu die Unterstützung der Studenten erbeten werde, deren Mehrheit ihren Beifall durch Trampeln zu erkennen gab, noch nicht verhaftet worden.

Der Prozeß gegen Toller.

Nach einem Drahtbericht der Deutschen Zeitung aus München, ist die Voruntersuchung gegen Toller nunmehr abgeschlossen. Der Staatsanwalt erhebt Anklage wegen „Hochverrats". Die Verhandlungen sollen am 7. Juli vor dem Standgericht in München beginnen.

Nutzbarmachung von Oedland.

Die preußische Regierung beschäftigt sich jetzt auch damit, Moor-, Heide- und ähnliche Ländereien zu kultivieren. Der Landesversammlung liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Bewirtschaftung von Oedländereien auf genossenschaftlicher Grundlage vorsieht. Nach einer Denkschrift aus dem Jahre 1912 sind in Preußen insgesamt 656 424 Hektar zu kultivieren.

Kein Staatspräsident in Bayern. Bamberg, 2. Juli. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses des Bayerischen Landtages wurde folgender Beschluß gefaßt: „Das Gesamtministerium ist die oberste vollziehende und leitende Behörde des Freistaates Bayern; sie ist diesem allein verantwortlich."

Unterstaatssekretär Schulz. Weimar, 8. Juli. (W. T. B.) Der Vizepräsident der Nationalversammlung Schulz ist als Unterstaatssekretär in das Reichsministerium des Innern berufen worden.

Verfassungsberatung

in der Nationalversammlung.

Weimar, 8. Juli. (W. T. B.) 45. Sitzung. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15.

Die Anleihedenkschrift für das Jahr 1918 und die Anleihedenkschrift für die Schutzgebiete 1918 wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt. Die Reichshaushaltsrechnungen für 1916 und 1917 werden ohne Debatte an einen Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen.

Die zweite Beratung des Entwurfes einer

Verfassung des Deutschen Reiches

wird fortgesetzt.

Artikel 4 und 5 werden nach unerheblicher Debatte angenommen. Ebenso Artikel 6, der dem Reiche die ausschließliche Gesetzgebung über die Beziehungen zum Auslande, das Kolonialwesen, die Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Ein- und Auswanderung und Auslieferung, die Wehrverfassung und das Münzwesen, das Zollwesen und das Post- und Telegraphenwesen einschließlich des Fernsprechwesens zuweist.

Zu Artikel 7 liegt ein Abänderungsantrag Dr. Ablaß (Dem.) vor, der die Streichung dieses Artikels, der dem Reiche die ausschließliche Gesetzgebung über Abgaben und sonstige ganz oder teilweise für Reichszwecke in Anspruch genommene Einnahmen zuweist, vorsieht.

In einem neuen Artikel 8a des Antragstellers ist das Wort „ausschließlich" gefallen.

Abg. Heim (Zentr.): Der Artikel 7 gibt dem Einzelstaat zuviel Gewalt. Er ermöglicht ihm jeden Widerstand der Einzelländer radikal zu brechen. So weitgehende Kompetenzen dürfen wir dem Reiche nicht zuweisen.

Reichskommissar Dr. Preuß: Der Entwurf beruht auf monatelangen Verhandlungen, wobei auf die Wünsche der Einzelstaaten in weitgehendem Maße Rücksicht genommen wurde, und führte zu einer vollkommenen Uebereinstimmung mit den Einzelstaaten. Die Verfassung ist nicht extrem föderalistisch, aber auch nicht extrem zentralistisch. Die Erfahrungen zeigen, daß nur, wenn wir uns als Einheit betrachten wir aus dem Elend herauskommen. (Sehr richtig!)

Das Haus beschließt auch dem Antrag Ablaß.

Darauf finden die gestern ausgesetzten namentlichen Abstimmungen über die Reichsfarben (Artikel 3) statt.

Die Artikel 8 bis 10 werden unter Ablehnung des Antrages Graf Dohna mit großer Mehrheit angenommen, ebenso Artikel 11.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird Artikel 12 unter Ablehnung eines unabhängigen Antrages in der Ausschußfassung angenommen, ebenso die Artikel 13 bis 16 und nach einer längeren Diskussion darüber, ob die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung auch für die Gemeindewahlen gelten soll, auch Artikel 17.

Bei Artikel 18 (Gliederung des Reiches in Länder) erinnert Vizepräsident Haußmann daran, daß für diesen Artikel eine längere Redezeit bewilligt sei. Es hätten sich jedoch schon neun Redner gemeldet. Die Beratung des Artikels 18 wird deshalb ausgesetzt. Artikel 19 wird unverändert angenommen. Artikel 20 wird angenommen. Zu Artikel 21 beantragt Abg. Arnstadt (Deutschnat.) die Festsetzung des Wahlrechtsalters auf das 20. Lebensjahr zu streichen und sie dem Reichswahlgesetz zu überlassen.

Abg. Dr. Heintze beantragte für den Fall der Ablehnung dieses Antrages, das Wahlalter auf 24 Jahre festzusetzen.

Abg. Fräulein Behm (Deutschnat.) befürwortet eine Heraufsetzung des Wahlalters.

Abg. Hartmann-Berlin (Dem.): Man darf die jungen Leute vom 20. bis 24. Lebensjahre nicht vom politischen Leben fernhalten.

Abg. Bauermann (Deutsche Vpt.): Wir beantragen gleichfalls die Heraufsetzung des Wahlalters.

Abg. Frau Hauke (Soz.): Aus Dankbarkeit schon müßte man den jungen Kriegern das Wahlrecht geben.

Abg. Frau Zietz (U. S.): Die Proletarierjugend hat eine so furchtbare Schule durchgemacht, daß sie mit 20 Jahren für das Wahlrecht reif ist.

Die namentliche Abstimmung über Art. 21 wird bis morgen ausgesetzt. Zu Artikel 21 beantragen die Deutschnationalen die Wahldauer von 5 Jahren.

Abg. Oberfohren (Deutschnat.) begründet den Antrag.

Abg. Grünwald (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Partei für den deutschnationalen Antrag.

Abg. Heintze (Deutsche Vpt.) erklärt, daß auch die Deutsche Volkspartei dem deutschnationalen Antrag beipflichtet.

Die Abg. Kaßenstein (Soz.) und Wurm (U. S.) setzen sich für die dreijährige Wahlperiode ein.

Die namentliche Abstimmung über den Art. wird für morgen verschoben. Fortsetzung: Freitag, 2 Uhr. Schluß 7/49 Uhr.

Aus der Partei.

Uebertritte zur U. S. P.

In raschem Aufstiege schreitet unsere Partei weiter vorwärts. Von Tag zu Tag mehren sich die Uebertritte aus den Reihen der Rechtssozialisten, nicht nur einzelner Personen, sondern vor allem ganzer Bezirke. So beschloß neuerdings, wie die Tribüne, unser Bruderblatt für Schwarzburg-Sondershausen, am 27. Juni mitteilt, die Mitgliederversammlung der rechtssozialistischen Partei in Rudolstadt im Schwarzatal einstimmig, zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei überzutreten. Ferner wurde beschlossen, daß die rechtssozialistische Zeitung Saalfelder Volksblatt für die Mitglieder nicht mehr in Betracht kommen könne, sondern nur noch ein Organ der Unabhängigen. Desgleichen konnte in der ersten Mitgliederversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Thale der Vorsitzende mitteilen, daß in ganz kurzer Zeit bereits 100 Uebertritte aus der rechtssozialistischen Partei zur U. S. P. D. erfolgt seien und daß bestimmt zu erwarten wäre, daß die Arbeiter in Thale in kurzer Zeit geschlossen zur Unabhängigen Partei übertreten würden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190704-15/fragment/page=0002

10. Gewerkschaftskongreß.

Nürnberg, 2. Juli 1919.

Dritter Verhandlungstag.

Zu Beginn der Sitzung wird zu den Abstimmungen über die vorliegenden Resolutionen zum Rechenschaftsbericht der Generalkommission geschritten. In namentlicher Abstimmung wird dann mit 445 gegen 179 Stimmen die nachstehende, von Giebel und Genossen eingebrachte Resolution angenommen:

Der 10. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands stellt nach Entgegennahme des Berichts der Generalkommission über ihre Tätigkeit während der verflossenen Geschäftsperiode fest, daß die Generalkommission bestrebt war, im Rahmen ihrer Aufgaben die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse wahrzunehmen und zu fordern. Der Kongreß weist deshalb die in der Oeffentlichkeit gegen die Generalkommission erhobenen Anschuldigungen, sie habe die Arbeiterklasse im Kriege verraten, entschieden zurück. Unter voller Würdigung der Tatsache, daß Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßige Lösung der einzelnen, an die Gewerkschaften herantretenden Fragen bestehen können, spricht der Kongreß der Generalkommission sein Vertrauen aus.

Damit sind die beiden anderen Resolutionen der Zahlstellen Nowawes-Potsdam und Mannheim des Metallarbeiterverbandes, die der Generalkommission das schärfste Mißtrauen für ihre Politik aussprechen, abgelehnt worden.

Nunmehr erfolgt die Abstimmung über die schon bekannte Resolution, die sich gegen diesen Streikerlaß, aber auch gegen die wilden Streiks im allgemeinen, wendet, sie wird, nachdem sie noch von Brunner begründet worden ist, mit großer Mehrheit angenommen. Eine zweite Resolution, die von Schultz-Frankfurt am Main (Eisenbahnarbeiter) eingebracht worden war, und sich in weit schärferer Form gegen den Reichswehrminister Noske wendet, war dadurch abgelehnt.

Genosse Dißmann nahm vor der Abstimmung noch die Gelegenheit wahr, um die Unterstellung Brunners, die U. S. P. wolle die Eisenbahner dazu gebrauchen, ihnen Helfersdienste zu leisten, energisch zurückzuweisen, was ihm infolge der großen Unruhe, mit der ihn der Kongreß empfängt, erst nach vieler Mühe gelang. Diese Behinderung des Redners wurde von der Opposition mit lauten Pfui-Rufen beantwortet. Ferner lag dem Kongreß eine Resolution Ernst und Genossen vor, die gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes im Industriegebiet protestiert und die Erwartung ausspricht, daß in Zukunft derartige Gewaltmaßregeln, wie sie dort vorgekommen sind, unterbleiben.

Die Resolution wurde gegen etwa zehn Stimmen angenommen. Nachdem die Mehrheit des Kongresses noch den Satz daraus entfernt hatte: „und täglich geht die Militärkamarilla dazu über, neue Verhaftungen vorzunehmen". Sachse vom Bergarbeiterverband hatte nämlich behauptet, daß jetzt keine Verhaftungen mehr vorkämen, worauf ihm Schliestädt-Remscheid erwiderte, daß dies dennoch der Fall sei und er selbst noch kürzlich in der Nacht

aus dem Bett heraus verhaftet

und fünf Tage eingekerkert worden sei. Es fanden sich sogar einige Delegierte, die aus der Resolution den Satz entfernen wollten: „Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß in Zukunft derartige Gewaltmaßregeln unterbleiben." Die Mehrheit entschied aber, daß dieser Satz in der Resolution verbleibt.

Es folgt dann die Abstimmung über eine Resolution Päplow-Hamburg und Genossen, wonach das Mannheimer Abkommen von 1906, das eine Verständigung zwischen den beiden Zentralleitungen der sozialdemokratischen Partei und der deutschen Gewerkschaften bei wichtigen Fragen verlangt wird. Die Antragsteller sind der Meinung, daß die Spaltung der sozialdemokratischen Partei auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften gefährden, und daß deshalb die Neutralität der Gewerkschaften auszusprechen sei. Vor der Abstimmung richtet Dißmann-Frankfurt a. M. eine Anfrage an die Antragsteller, ob mit dem in der Resolution enthaltenen Satz die Gewerkschaften müßten zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden, gesagt werden solle, daß die Gewerkschaften eventl. selbst den politischen Kampf übernehmen wollten. Jansson (Generalkommission) erwiderte darauf, daß nicht die Absicht vorliege, die Gewerkschaften zu einer selbständigen politischen Partei zu machen.

Die Resolution wird hierauf von der Mehrheit angenommen, wobei sich die Opposition der Stimme enthält, weil die Resolution einige Widersprüche und Unklarheiten enthalte, und die Opposition die Verantwortung dafür nicht übernehmen will.

Es folgt nun das Referat von Gertrud Hanna-Berlin über

Organisation der Arbeiterinnen.

Die Referentin verweist zunächst auf einen Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses, wonach die Arbeiterinnen mit gleichen Rechten in die Organisationen aufzunehmen seien. Spätere Kongresse haben dann beschlossen, auch die Heimarbeiterinnen zu organisieren, und zwar sollten die Gewerkschaftsmitglieder ihre in der Heimindustrie beschäftigten Familienmitglieder in die Gewerkschaften hineinbringen. Diesem Aufruf sei aber nur sehr wenig Folge gegeben worden. Während des Krieges sei die Frauenerwerbsarbeit ins Ungeheure gestiegen, es war aber vorauszusehen, daß nach dem Kriege eine große Arbeitslosigkeit eintreten mußte. Nun sollten die Kriegsteilnehmer erstes Anrecht auf die Arbeitsplätze haben und die Frauen, deren Männer arbeiten, weiter solche, die während des Krieges in Arbeit getreten, und drittens solche, die an die Arbeitsplätze von Männern während des Krieges gekommen sind, sollten entlassen werden. Dabei hätten sich große Härten herausgestellt, die ja nicht immer zu vermeiden wären, aber es müsse konstatiert werden, daß die Fraueninteressen besonders in den gemischten Organisationen nicht genügend berücksichtigt werden. Dadurch entstehe die Gefahr, daß die weiblichen Arbeiter das Vertrauen zu unseren Organisationen verlieren und in andere Organisationen übergehen. Die Vorständekonferenz habe deshalb der Referentin darin zugestimmt, daß in Zukunft eine intensivere Aufklärungsarbeit zur Gewinnung der weiblichen Arbeitskräfte zu den gewerkschaftlichen Organisationen unternommen und die organisierten Frauen zur tätigen Mitarbeit in den Gewerkschaften herangezogen werden müssen. Die Interessengegensätze zwischen Männern und Frauen müssen ausgeglichen und den Frauen eine dem Wert ihrer Leistungen entsprechende Bezahlung verschafft werden. Ferner müsse der Kongreß anerkennen, daß Recht der Frauen auf Arbeitsplätze, die ihrer Eigenart entsprechen; frauenfeindliche Bestrebungen bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften dürfen nicht zur Geltung kommen. Die Frauen sind jetzt ein wesentlicher Faktor des Erwerbslebens. Ich kenne die Gründe, die es uns so schwer machen, die Frauen zur Mitarbeit in den Organisationen heranzuziehen. Aber dennoch sage ich, die Vertretung in den Gewerkschaften könnte größer sein, wenn man sie mehr heranziehen würde. Auch durch die stärkere Heranziehung der weiblichen Arbeiter zur Organisationsarbeit wächst das Vertrauen zu den Organisationen bei der Frau. Ich rate Ihnen auch, die Sonderveranstaltungen für die Frauen auszuschalten und auch die besonderen Frauenecken in den Gewerkschaftszeitungen zu unterlassen, denn dadurch werden die Frauen nur verführt, das zu lesen, was dort steht, während doch das andere für sie auch von Interesse ist. Mein Ideal geht dahin, überhaupt besondere Veranstaltungen für Frauen auszuschließen und für Männer und Frauen überall gleiche Bestimmungen zu schaffen.

In der Diskussion über dieses Referat, an der sich Frau Lungwitz-Berlin, Fräulein Grünberg-Nürnberg, Schumacher-Berlin, Huber-München, Luise Kaehler-Berlin und Bautz-Hamburg beteiligen, werden die von der Referentin vorgetragenen Grundzüge im allgemeinen gebilligt. Genossin Lungwitz vermißt in einzelnen Verbänden immer noch eine genügende Agitation unter den weiblichen Arbeitern. Auch die Generalkommission habe gesündigt, indem sie während des Krieges es zuließ, daß die Schutzvorschriften für die weiblichen Arbeiter vernachlässigt wurden. Es wäre besser gewesen, die Arbeiterinnen hätten überhaupt keine Munition anfertigen brauchen. (Sehr richtig!) Die Rednerin bemängelt auch, daß trotz der starken Mitgliederzahlen nur sechs Frauen auf diesem Kongreß anwesend sind. Die Verbände sollten in Zukunft doch mehr dafür sorgen, daß die Frauen hier stärker vertreten werden. Die Rednerin beklagt sich des weiteren noch über die ungleiche Behandlung der Frauen in der Entlohnung und auch bei der Arbeitslosenunterstützung, und sie beschwert sich zum Schluß darüber, daß selbst auf dem Kongreß Delegierte anwesend sind, die die Frauen herabwürdigen, habe doch ein Delegierter die Bemerkung sich erlaubt: Die alten Schachteln sollten lieber zu Hause bleiben und Kartoffeln kochen! (Große Unruhe.)

Schumacher-Berlin begründet dann noch eine Resolution, die sich gegen eine neue Organisationsform richtet, die unter dem Namen Angestelltenverbände eine rege Werbearbeit, besonders unter den weiblichen Arbeitern, vornehme. Das bedeute eine Zersplitterung der bestehenden Organisationen, und es müsse davor gewarnt werden, daß die Frauen dort eintreten. Redner wendet sich dann noch gegen die Schreibweise der gewerkschaftlichen Frauenzeitung von Gertrud Hanna. Eine Resolution im Sinne des Referats sowie der Antrag Schumacher und Genossen, ferner auch ein Antrag Lungwitz, die Agitation unter den weiblichen Arbeitern im Sinne des Sozialismus zu betreiben und diese zur Mitarbeit als Funktionärinnen heranzuziehen, werden sämtlich einstimmig angenommen.

Es folgt nunmehr das Referat von Leipart (Generalkommission) über die künftige Wirksamkeit der

Gewerkschaften und das Rätesystem.

Der Referent führte etwa folgendes aus: Er wolle kein eigentliches Programm aufstellen, sondern nur einige Richtlinien über die zukünftige Tätigkeit der Gewerkschaften vorlegen und begründen. Es sei behauptet worden, die Gewerkschaften haben sich bei der Revolution ausschalten lassen. Das sei durchaus nicht der Fall, sondern noch vor der Revolution seien den Unternehmern, die zu den Gewerkschaften gekommen waren, um von diesen die Einwilligung zu Arbeitsgemeinschaften zu erlangen, zunächst gefordert worden, daß nicht nur die Gewerkschaften anerkannt, sondern daß auch die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit unterlassen werden müßten, daß die Arbeitsnachweise, die noch in einzelnen Organisationen bestanden, und auch die „gelben" Gewerkvereine preisgegeben werden müßten; ferner, daß überall in den Betrieben Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie Schlichtungskommissionen geschaffen und die sofortige Durchführung des 8-Stunden-Tages zugestanden werden müsse. Das sei dann auch geschehen, und erst, als diese Forderungen erfüllt waren, sind wir auf die Arbeitsgemeinschaft eingegangen. Auch in bezug auf das Mitbestimmungsrecht wollen wir nicht auf die Gesetzgebung warten, sondern wir empfehlen den Gewerkschaften, überall in den Tarifverträgen die Forderung auf das Mitbestimmungsrecht zu verwirklichen. Redner begründet nun Punkt für Punkt die dem Kongreß vorliegenden Richtlinien für die zukünftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Ein Programm für ein sogenanntes Rätesystem könne nicht Aufgabe dieses Kongresses sein. Der Gewerkschaftskongreß müsse sich darauf beschränken, die Aufgaben zu erörtern, die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Da auch in Zukunft die Arbeiterinteressen durch die Gewerkschaften vertreten werden müssen, können diese auch nicht ausgeschaltet werden. Die Sozialisierung sei die höhere Form der Wirtschaftsordnung und sie sei nach Kräften zu fördern. Der ruhige und zähe Kampf der Gewerkschaften sei die richtige, fruchtbare, revolutionäre und sozialistische Tätigkeit.

Hierauf wird der Kongreß auf Donnerstag vertagt.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Merseburg-Querfurt U. S. P.

Die am 29. Mai stattgefundene Kreisgeneralversammlung hat beschlossen, den Sitz des Kreisvorstandes von Schkeuditz nach Merseburg zu verlegen. Die Mitgliederversammlung des Distriktes Merseburg hat als Vorsitzenden den Genossen Paul Langer, Geschäftsführer, Merseburg, Lauchstädterstraße Nr. 18, gewählt. Vom 6. Juli an befindet sich das Parteisekretariat, Merseburg, Seffnerstraße 4, Telephon Nr. 272. Alle Zuschriften sind nur an folgende Adresse zu richten: **Parteisekretariat der U. S. P. Merseburg, Seffnerstr. 4, ptr.** Geld- und Wertsendungen (Einschreibebriefe usw.) sind nur an die persönliche Adresse des Genossen Artur Sämisch, Parteisekretär, Merseburg, Seffnerstraße 4, ptr., Telephon Nr. 272, zu senden.

Der Kreisvorstand. Paul Langer, I. Vorsitzender.

Delitzsch. Vom Rathaus. Die letzte Sitzung der Stadtverordneten hatte neben einer Anzahl weniger wichtiger Sachen auch die Besetzung des Mieteinigungsamtes und die Steuerfestsetzung zu erledigen. Bei Erledigung der Mieteinigungssache platzten die Gegensätze scharf aufeinander. Genosse Gampe schlug vor, die Besetzung so durchzuführen, daß die Beisitzer sowohl wie deren Stellvertreter aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktionen genommen würden. Die bürgerlichen Stadtverordneten beanspruchten jedoch ebenfalls einen Beisitzer für sich. Nachdem die Wahlvorschlagskommission sich kurz mit der Sache beschäftigt hatte, wurden als Beisitzer der Gen. Baum als Vermieter und der Stadtv. Laue als Mieter, als Stellvertreter die Genossen Mitzschke als Vermieter und Alpers als Mieter gewählt. Bei der Steuerfestsetzung wandten die bürgerlichen Stadtverordneten alle Mittel an, um zu beweisen, daß es nicht notwendig sei, den geforderten Satz von 270 Prozent zu erheben. Vor dem Steuerzahlen haben die Herrschaften von jeher eine große Abneigung gehabt, und deshalb ist es auch zu begreifen, daß sie alle Minen springen ließen. Jedoch es half nichts! Es wurde beschlossen, 270 Prozent zu erheben und nach den Bestimmungen der Preußischen Landesversammlung, wonach ein Steuernachlaß den unteren Einkommen gewährt wird, die Steuerleistung zu staffeln. Darob machten die bürgerlichen Herren recht lange Gesichter. Sie wollten kein Nachlassen der Sätze für die unteren Schichten und wollten auch nicht 270 Prozent bezahlen. Ihre Steuerpolitik geht sogar so weit, daß sie laufende Mittel auf dem Anleihewege decken wollten. Hieraus kann die arbeitende Masse ersehen, wie notwendig es ist, daß eine sozialistische Mehrheit auf dem Rathaus über ihre Geschicke ein wachsames Auge hat, um zu verhindern, daß zu den täglichen Lasten auch noch ungeheuerliche Steuerbelastung tritt. Die Uebung der Bürgerlichen, den Steuersatz für dieses Jahr möglichst niedrig zu halten, sollte darauf hinauslaufen, im nächsten Jahre, wenn die Erhöhung dann eintreten müßte, die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit in Mißkredit bringen zu können. Dieser saubere Plan ist durch den jetzigen Beschluß durchkreuzt worden.

Pouch. Aus der Partei. Die am Mittwoch stattgefundene Generalversammlung des Parteivereins war gutbesucht. Zuerst berichteten die Delegierten über die stattgefundene Kreis-Generalversammlung. Alsdann erstattete der 1. Vorsitzende Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Der bisherige Vorstand wurde sodann, mit einigen Abänderungen, wiedergewählt, desgleichen eine Preßkommission neugewählt. Ein Genosse berichtete über die letzte Volksversammlung in Bitterfeld, in welcher über das wichtige Thema: Die Ursachen des Krieges, referiert wurde. Verschiedene Gemeindeangelegenheiten, wie Lebensmittel- und Steuerfragen, Kirschenaberntung usw., wurden noch erledigt. Da inzwischen die Mitternachtsstunde überschritten war, mußte die Versammlung geschlossen werden, ohne daß die Tagesordnung vollständig erledigt werden konnte. Parteigenossen, besucht auch fleißig die Gemeindevertretersitzungen.

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

54] Von Edward Bellamy. Nachdr. verb.

„Gewiß," versetzte Doktor Leete. „Kein Geschichtsforscher von Ruf zweifelt heute daran, daß die Anarchisten von den kapitalistischen Monopolisten dafür bezahlt wurden, daß sie die rote Fahne schwenkten und von Brand, Plünderung und Mord redeten. Durch Einschüchterung der furchtsamen Gemüter sollte jede wirkliche Reform hintertrieben werden. Am meisten wundert mich nur, daß Ihre Zeitgenossen so arglos in die Falle gegangen sind."

„Welche Gründe veranlassen Ihre Meinung, daß die Anarchisten von den Reformgegnern unterstützt wurden?" fragte ich.

„Meine Ansicht gründet sich einfach auf dieses: Die Leute müssen doch eingesehen haben, daß sie durch ihr Auftreten ihrer Sache für einen Freund tausend Feinde schufen. Wenn man nicht annimmt, daß sie zu dem Geschäft gedungen waren, so traut man ihnen eine ganz unbegreifliche Dosis Torheit zu.*) In den Vereinigten Staaten zumal konnte keine Partei darauf rechnen, ihr Ziel zu erreichen, wenn sie nicht zuvor die Mehrheit des Volkes für ihre Ideen gewonnen hatte, wie dies späterhin der Nationalistenpartei gelungen ist."

„Der Nationalistenpartei," rief ich aus. „Die muß sich erst nach meiner Zeit gebildet haben. Sie war gewiß eine der verschiedenen Arbeiterparteien?"

„O nein," versetzte der Doktor; „die Arbeiterparteien als solche hätten nie etwas Großes und Dauerndes schaffen können.**) Als bloße Klassenparteien fußten sie auf zu schmaler Basis, als daß ihre Ziele allgemeine nationale Bedeutung erlangt hätten. Es mußte sich die Erkenntis ausbreiten, daß eine Neuordnung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, die von höheren ethischen Gesichtspunkten getragen wurde, die größeren Wohlstand für alle schuf, nicht nur im Interesse einer Klasse lag, sondern im Interesse aller notwendig war: der Reichen und der Armen, der Gebildeten und der Ungebildeten, der Alten und der Jungen, der Schwachen und der Starken, der Männer und der Frauen. Erst als diese Erkenntnis immer größere Kreise der ganzen Nation ergriff, eröffnete sich der Ausblick auf die Verwirklichung der sozialen Umgestaltung. Damals bildete sich die Nationalistenpartei, die die Neuordnung der Dinge auf politischem Wege durchführte. Wahrscheinlich nahm sie ihren Namen deshalb an, weil ihr Ziel war, die gesamte Produktion und Verteilung der Güter zu nationalisieren. In der Tat hätte sie kaum einen passenderen Namen finden können. Erstrebte sie doch, die Idee der Nation in einer Großartigkeit und Vollendung zur Wirklichkeit zu machen, wie sie nie zuvor erfaßt worden war. Die Nation weiter gefaßt, als eine bloße Vereinigung von Menschen zu gewissen rein politischen Zwecken, die ihr Glück nur entfernt und oberflächlich berühren; die Nation als eine große Familie, eine lebensreiche innere Einheit, ein mächtiger, gen Himmel ragender Baum, dessen Blätter, das Volk, von den Wurzeln ernährt werden und sie wieder ernähren. Die patriotischste aller Parteien, schuf sie dem Patriotismus eine berechtigte, feste Grundlage, entwickelte sie ihn aus einem bloßen Instinkt zu einer vernunftgemäßen Hingabe an das Land unserer Geburt, indem sie dieses zu einem Vaterland im besten Sinne des Wortes erhob. Sie gab in ihm allen einen Vater, der das Leben des Volkes erhält, und der nicht bloß ein Götzenbild ist, für das zu sterben das Volk stets bereit sein soll."

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Die Persönlichkeit Edith Leetes hatte nämlich von dem Augenblick an einen tiefen Eindruck auf mich gemacht, wo ich auf so wunderbare Weise ein Gast ihres elterlichen Hauses geworden war. Es stand zu erwarten, daß sich meine Gedanken nach den Vorgängen des vorigen Abends noch mehr als bisher mit ihr beschäftigen würden. Von Anfang an war mir an ihr die heitere Offenheit und treuherzige Aufrichtigkeit ihres Charakters aufgefallen, die sie mehr einem edlen, unverdorbenen Jüngling gleichen ließ, als irgendeinem Mädchen, das ich je gekannt hatte. Es interessierte mich, zu erfahren, wie weit diese schönen Eigenschaften ihr persönlich eigentümlich waren, und inwieweit sie möglicherweise als Folge von Veränderungen angesprochen werden mußten, die sich seit meiner Zeit in der sozialen Stellung der Frau vollzogen haben konnten. Als ich im Laufe des Tages mit Doktor Leete allein war und sich eine passende Gelegenheit bot, lenkte ich daher unser Gespräch auf dieses Thema.

„Da die Frauen heutzutage von der Last der Haushaltung befreit sind," sagte ich, „so vermute ich, daß sie nichts anderes zu tun haben, als der Pflege ihrer Schönheit und Anmut zu leben."

„Was uns Männer anbelangt," erwiderte Doktor Leete, „so wären wir allerdings der Ansicht, daß die Frauen — um mich eines Ausdrucks zu bedienen, der in Ihrer Zeit geläufig war — reichlich für ihren Unterhalt bezahlt machen würden, wenn sie nichts anderes als das täten. Sie können jedoch fest davon überzeugt sein, daß unsere Frauen viel zu viel Stolz besitzen, als daß sie es ertragen könnten, von der Gesellschaft bloß dafür unterhalten zu werden, daß sie ihr zur Zierde gereichen. Gewiß begrüßten sie es mit hoher Freude, daß sie der Hausarbeit enthoben wurden. War diese doch nicht nur an und für sich ungemein lästig, sondern auch, verglichen mit dem modernen Großbetrieb, ein ungeheure Kraftvergeudung. Allein sie nahmen ihre Befreiung von der Tätigkeit im Hause nur an, um in anderer, erfolgreicherer und angenehmerer Weise für das Gemeinwohl mitzuarbeiten. Unsere Frauen gehören ebenso wie unsere Männer dem Arbeitsheere an und treten aus diesem nur aus, wenn sie Mutterpflichten zu erfüllen haben. So kommt es, daß die meisten Frauen während der einen oder anderen Zeit ihres Lebens etwa fünf, zehn oder fünfzehn Jahre dienen, die Kinderlosen dagegen ihrer vollen Dienstpflicht genügen."

„Die Frau, die heiratet, tritt also nicht notwendigerweise aus dem Arbeitsheer aus?" fragte ich weiter.

„Geradesowenig wie der Mann," versetzte der Doktor. „Warum in aller Welt sollte sie es denn tun? Wie Sie wissen, liegen den verheirateten Frauen nicht länger Haushaltspflichten ob, und der Mann ist doch nicht ein kleines Kind, das gewartet werden müßte."

„Es galt für einen der beklagenswertesten Umstände unserer Zivilisation," sagte ich, „daß wir den Frauen soviel Arbeit aufbürden mußten. Wie mir scheint, nützen Sie diese jedoch noch mehr aus als wir."

Doktor Leete lachte. „Das tun wir tatsächlich, geradeso wie wir auch die Männer noch mehr ausnützen. Trotzdem sind die Frauen unserer Zeit sehr glücklich, während die Frauen des neunzehnten Jahrhunderts sehr unglücklich waren, es sei denn, daß die Zeugnisse Ihrer Zeitgenossen uns darüber gründlich irreführen. Es hat seinen triftigen Grund, daß die Frauen heutzutage soviel tüchtigere und erfolgreichere Mitarbeiterinnen der Männer und gleichzeitig so glücklich sind. Für ihre Arbeit gilt wie für die der Männer auch der Grundsatz, jedem Menschen die Tätigkeit zuzuweisen, für die er am geeignetsten ist. So tragen denn die den Frauen vorbehaltenen Beschäftigungsarten und die Bedingungen, unter denen sie diesen nachgehen, zwei Tatsachen Rechnung: daß die Frauen den Männern an Kraft nachstehen, und daß sie sich auch in manchen anderen Beziehungen für den Betrieb gewisser Gewerbe nicht eignen. Die schweren Arbeiten werden überall den Männern, die leichteren den Frauen vorbehalten. Unter keinerlei Umständen dürfen die Frauen einer Beschäftigung nachgehen, die nicht nach Art wie Maß der Arbeit vollkommen ihrem Geschlecht entspricht. Außerdem ist der Arbeitstag der Frauen beträchtlich kürzer als jener der Männer, sie erhalten öfter Ferien als diese, und es sind alle Vorkehrungen getroffen, damit sie ausruhen können, sooft dies nötig ist. Die Männer unserer Zeit verstehen sehr wohl zu würdigen, daß sie der Schönheit und Anmut der Frauen den Hauptreiz ihres Lebens und den mächtigsten Antrieb zur Anspannung all ihrer Kräfte verdanken. Sie lassen sie daher nur zufolge der klaren Erkenntnis arbeiten, daß in der Zeit der größten körperlichen Rüstigkeit ein gewisses Maß regelmäßiger, den Fähigkeiten zusagender Arbeit auf Leib und Seele wohltätig wirkt. Blühende Gesundheit unterscheidet unsere Frauen von denen Ihrer Zeit, die im allgemeinen kränklich gewesen zu sein scheinen. Sie ist sicherlich zum großen Teile dem Umstand zuzuschreiben, daß ihnen allen ohne Unterschied eine gesunde und anregende Tätigkeit angewiesen wird."

(Fortsetzung folgt.)

*) Ich gebe zu, daß es schwer ist, die Haltung der Anarchisten anders zu erklären als durch die Theorie, daß sie von den Kapitalisten bezahlt wurden. Dennoch unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Theorie ganz falsch ist. Wenn wir jetzt auf meine Zeit zurückblicken, so erscheint sie zwar echt plausibel, doch wurde sie damals von niemand vertreten. Julian West.

**) Wir erinnern an unsere frühere Bemerkung, daß Bellamy kein wissenschaftlich durchgebildeter Sozialist ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190704-15/fragment/page=0003

Volkspark.

Burgstrasse 27.

Morgen, Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr:

2302

Gr. bunter Abend.

Die Geschäftsleitung.

Peißnitz.

Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr:

Volkstümlich. Sinfoniekonzert

der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36.

Leitung: Kapellmeister **O. Haupt.** 2300

Solist: Konzertmeister **Müller** (Violine).

Eintritt: 0.55 Mark (einschl. Kartensteuer).

Kaiser-Wilhelms-Halle.

Sonnabend, den 5. Juli, nachm. 5½ Uhr:

2281

Großes Sommervergnügen

des Geselligkeits-Vereins „1919".

Es ladet ein **Der Vorstand.**

Restaurant Gambrinus,

Merseburgerstraße 112.

Sonnabend, den 5. Juli: **Großes Preisskaten.**

2296 Anfang 7 Uhr.

Es ladet freundlichst ein **Paul Paduch.**

Athleten-Klub Eiche, Halle a. S.

Sonnabend, den 5. Juli, von abends 6 Uhr an, im Paradies 2297

Tanz-Kränzchen.

Freunde und Gönner willkommen. **Der Vorstand.**

Schützenhaus Ammendorf.

Sonnabend, den 5. Juli, abends 6½ Uhr:

*1565

: Tanzkränzchen :

Es ladet ergebenst ein **Humoristenklub Döllnitz.**

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität".

Bezirk 8. Bezirk 12.

Sonntag, den 6. Juli, findet in **Nietleben** im **Gasthof zur Sonne** und im **Gasthof zum Stern**

Bezirksfest,

verbunden mit **Gartenkonzert, Preisschiessen, Blumenverlosung** und **Korsofahrt** statt.

Um zahlreiches Erscheinen der Ortsgruppen wird ersucht. *1551

N. B. Die Wahl der Delegierten zum Bundestage findet nicht am 6. sondern am **13. Juli** statt.

I. A.: **Karl Meissner,** Bezirksleiter.

Distrikt Dieskau. (U. S. / B. D.)

Sonntag, den 6. Juli, nachm. 3 Uhr, im Lokal des Herrn Hauck:

.·. Tanzkränzchen. .·.

Die Mitglieder und deren Familienangehörige werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen.

2307 **Der Distriktsführer.**

Merseburg, Thüringer Hof.

Sonnabend, von 7 Uhr an **Ball**

des Radfahrer-Vereins „Frisch auf".

Sonntag, nachm. von 3 Uhr an **großer Ball.**

Görlach-Orchester.

*1557 Um gütigen Zuspruch bittet **Bruno Knoche.**

Gasthof Kipping :: Wolfen.

Freitag, den 11. Juli 1919, beginnt ein

*1558

Serien-Skaten

von mindestens 100 Tischen. **Spieldauer 3-4 Tage.**

1. Preis 100 Mk., 2. Preis 75 Mk., 3. Preis 60 Mk. usw.

Bewertung von Spielen mit wenigen Matadoren.

Dazu ladet alle Skater ein **Gustav Kipping.**

Schützen-Verein Wolferode.

Unser diesjähriges

Stiftungsfest

findet Sonntag, den 6. Juli, statt. Nachmittags 3 Uhr in Geibkes Gasthof:

BALL.

Auch werden wertvolle Gegenstände auf Lang- und Flatsbahn ausgekegelt und ausgeschossen.

Hierzu laden freundlichst ein *1548

Der Vorstand. **Mögling,** Gastwirt.

Von heute ab steht ein

Transport kleine Schaflämmer

zum Verkauf.

*1560 **Franz Wernicke,** Döllnitz. Tel. Ammendorf 95.

Vermißt.

Wer kann Auskunft geben über den Musketier **Karl Jäger,** Res.-Inf.-Regt. 36, vermißt seit 27. August 1918 bei Chavigny. Kameraden, die ihn zuletzt gesehen haben, werden herzlich um Nachricht gebeten an Frau **Joh. Jäger, Schwarz** bei Kalbe a. d. Saale. 1549

Leipzigerstr. Nr. 88 — U.T — Alte Promenade Nr. 11a

Fernruf Nr. 1224 | Fernruf Nr. 5733

Des Glückes lachender Erbe.

Drama in 5 Akten.

Hauptrolle: **Carlo Wieth.**

Zum lustigen Handwerksmann.

Satyre in 2 Akten.

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn 4 Uhr.

Herrin ihres Geschickes.

Ergr. Drama in 5 Akten.

Hauptrolle: **Ingeborg Spangsfeld.**

Viel zu schade zum Heiraten.

Reiz. Lustspiel in 2 Akt.

Hauptrolle: **Lena Amsel.**

Um Mitternacht im Schlafwagen.

Sens.-Schausp. in 1 Akt. 2289

Beginn 4 Uhr.

— Unsere Vorführungen finden wieder bei vollem Orchester statt. —

Monopol-Lichtspiele, Geiststr. 5.

Grosse Sensation.

Zum ersten Male in Halle.

„Der rote Löwe."

Das grösste phantastische Schauspiel in 5 grossen Akten.

Spannend! .·. Spannend!

Die Dame im Schaufenster.

Lustspiel in 3 Akten. 2303

Gewerkschaftskartell Sangerhausen.

Sonntag, den 6. Juli, in den Räumen des Schützenhauses, Bierhalle und abends noch im Herrenkrug:

Gewerkschafts-Fest.

Die Gewerkschaften treten nachmittags 1 Uhr am Herrenkrug an. Die Verlosung zum Antritt findet 12½ Uhr statt.

*1555 Der Vorstand und die Kommission.

Wiener Schaukelstühle
Wiener Schreibtischsessel
Wiener Stühle
Wiener Kinderschaukelstühle
Wiener Kindersessel und Stühle

2287 alles mit echten Rohrgeflechtsitzen, empfiehlt

Theodor Lühr, Leipziger Straße 94. Tel. 6198,

Neueste Operetten-Grammophon-platten

wieder vorrätig.

C. Dorn, Olearius-str. 6a, am Hallmarkt. 2278

Zigarren, Zigaretten,

garantiert reiner Tabak, an Kantinen, Wirte und Verbraucher von 100 Stck. (Preislage 75 Pf.) aufwärts. Bes. 9–12, Mittwochs und Sonnabends auch 3–7 Uhr. 2280

Reinstein,

Liebenauerstraße 20 pt. l.

Kaufe Nähmaschine 2283

wenn auch nicht nähend, führe auch Reparat. aus. **Schröder,** Breitestr. 23a.

Kleine Schweine

hat abzugeben *1561

Karl Giehne, Kaiserstr. 7.

Wachhund *1564

scharf, mittelgr., z. kaufen ges. Angebote: **Witzschke** Dammendorf (Saalkreis).

Wachstuch-Anzug, fast neu, für 18 Mk. zu verk. Beyschlagstr. 71. 2295

---

7 m reinwoll. Musselin zu verkaufen.

2290 Rud. Haymstr. 20 III.

Amtliche Bekanntmachungen.

Merseburg.

Fleischverkauf auf der Freibank

findet am 4 Juli 1919, vormittags von 8–9 Uhr, auf die Ordnungsnummern 2176–2275, vormittags von 9–10 Uhr, auf die Ordnungsnummer 2276 bis 2350 statt.

Merseburg, den 3. Juli 1919.

Zu L. A. I. 626/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Aufhebung einer Straßensperrung.

Die durch unsere Bekanntmachung vom 7. Juni d. J. — P. I. 3017/19 — angeordnete Sperrung der Straße Am Stadtpark wird hierdurch aufgehoben.

Merseburg, den 1. Juli 1919.

Nr. P. I. 3017/19. **Die Polizei-Verwaltung.**

Schlafdecken für landwirtschaftliche Arbeiter.

Dem Kreise steht ein größerer Posten Schlafdecken für landwirtschaftliche Arbeiter zur Verfügung. Der Preis beträgt etwa 18 Mark für das Stück. Bestellungen sind baldmöglichst, spätestens bis Mittwoch, den 9. Juli 1919, im Magistrats-Geschäftszimmer II, Rathaus 2 Treppen, Zimmer 18, unter Angabe des Vor- und Zunamens des Inhabers des landwirtschaftlichen Betriebes mündlich oder schriftlich aufzugeben.

Merseburg, den 30. Juni 1919.

M. 450/19. **Der Magistrat.**

Neue dreiteilige Anzüge für die landwirtschaftliche Bevölkerung.

Dem Kommunalverband steht demnächst für die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung ein Posten neuer dreiteiliger Anzüge zum Preise v. etwa 115, 135, 150, 165, 175, 185, 200, 215, 220, 230, 260, 270 und 280 Mk. zur Verfügung. Es handelt sich um die letzte Sonderzuteilung für die Landwirtschaft und deshalb um die letzte günstige Gelegenheit, sich gute Anzüge zu verhältnismäßig niedrigem Preise zu beschaffen. Bestellungen sind spätestens bis Mittwoch, den 9. Juli 1919 im Magistrats-Geschäftszimmer II, Rathaus 2 Treppen, Zimmer Nr. 18 unter genauer Angabe des Vor- und Zunamens, des Berufes, der Wohnung und gegebenenfalls des Namens des Arbeitsgebers mündlich oder schriftlich aufzugeben. Auf Anfordern ist ein Ausweis über die eigene Person vorzulegen.

Merseburg, den 30. Juni 1919.

Zu M. 451/19. **Der Magistrat.**

Eilenburg.

Städtischer Warenverkauf.

Bezugschein 211. 1 Hering gegen Voranmeldung. Die Voranmeldung muß bis Sonnabend abend erfolgen. *1553

Eilenburg, den 3. Juli 1911. **Der Magistrat.**

Brotmarkenausgabe.

Die Ausgabe der Brot-, Fleisch- und Zuckermarken findet Sonnabend, den 5 Juli 1919 in den Schulen vormittags 9–12 Uhr statt. *1553

Eilenburg, den 3. Juli 1919. **Der Magistrat.**

Reichs-Reisebrotmarken.

Vom Landesgetreideamt wird infolge Betriebsstörung einer mit der Herstellung der Reisebrotmarken beauftragten Druckerei ein Teil derselben unperforiert geliefert.

Ich mache darauf aufmerksam, daß diese unperforierten Reisebrotmarken nur bis zum 3. August d. J. Gültigkeit haben. Den Bäckern wird daher auf diese Marken vom 4. August d. J. ab Mehl nicht mehr vergütet.

Die Ortsbehörden ersuche ich, Vorstehendes sofort ortsüblich bekanntzumachen. *1557

Delitzsch, den 24. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
J. V.: **Bierbach,** Regierungsassessor.

Hierdurch wird vorstehende Bekanntmachung des Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses zur öffentlichen Kenntnis gebracht. *1553

Eilenburg, den 4. Juli 1919.

Der Magistrat.

Da für die Woche vom 30. Juni bis 6. Juli auf die Fleischmarke eine Belieferung von Fleisch nicht erfolgt, wird hierfür je Kopf ¼ Pfund Nudeln und zwar auf Bezugschein 212 der Lebensmittelbezugkarte gegen Voranmeldung bis Montag abend ausgegeben. Die Fleischmarken für die benannte Zeit verlieren somit ihre Gültigkeit. *1553

Eilenburg, den 3. Juli 1916.

Der Magistrat.

Herstellung von Kleinwohnungsbauten am Ehrenfriedhof in Eilenburg.

Für die Herstellung der oben benannten Bauten sollen Los 1–3 Zimmerarbeiten, Los 4–6 Dachdeckerarbeiten, Los 7–9 Glaserarbeiten, Los 10 Schmiede- und Eisenarbeiten im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen können zu Los 1–3 für 5 Mk., Los 4–6 für 2 Mk., Los 7–9 für 3,50 Mk., Los 10 für 2 Mk. das Los vom Stadtbauamt bezogen werden. Zeichnungen und Bedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus. Dort wird auch jede weitere Auskunft erteilt. Die Eröffnung der Angebote erfolgt in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter. Die Zuschlagsfrist wird auf 14 Tage festgesetzt. Angebote sind versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Sonnabend, den 12. Juli 1919, vormittags 10 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 20 beim Stadtbaurat abzugeben. *1553

Eilenburg, den 3. Juli 1919. **Der Magistrat.**

An die deutschen Landwirte!

Die Gefahr, die für den Bestand unseres Volkes durch den von unseren Feinden uns angedrohten Gewaltfrieden heraufbeschworen ist, hat das ganze Volk in allen seinen Ständen und Parteien in gerechte Empörung und Sorge versetzt. Den Hungerkrieg hat die Entente trotz Waffenstillstand gegen uns weitergeführt, indem sie die Blockade aufrechterhielt. In dem für uns ungünstigen wirtschaftlichen Augenblick überreicht sie nun die Präliminarien zu einem Gewaltfrieden. Die Vorräte der letzten Ernte gehen zu Ende, von Tag zu Tag sind wir mehr und mehr auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen. Der Hunger soll zum Unterschreiben zwingen.

Um in dieser furchtbaren wirtschaftlichen Zwangslage zu helfen, muß Stadt und Land, das ganze Volk zusammenstehen.

Das Land muß in der Tat voran. Der letzte entbehrliche Rest der notwendigen Nahrungsmittel ist zu liefern. Vor allem muß die Ablieferung von Fleisch, Milch, Fett und Kartoffeln reichlicher werden. Die lockenden Wucherpreise des Schleichhandels dürfen in diesen Stunden keinerlei Lebensmittel den ärmeren Schichten der Stadt entziehen. Nur durch regelmäßige bessere Belieferung ist unserer durch die Hungerjahre des Krieges entnervten Bevölkerung wieder sittliche Kraft und die notwendige Energie zum Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens zu geben.

Wer jetzt vorhandene Nahrungsmittel bereitstellt, leistet dem Volke in schicksalsschwerer Stunde einen großen Dienst und erfüllt eine Pflicht, der sich niemand entziehen darf, der dem Wohle des Vaterlandes dienen will. Bessere Ernährung bedeutet erhöhte Arbeitsleistung, zeigt uns den Weg aufwärts zur lebenskräftigen Entwickelung des deutschen Volkes.

Die schweren Zeiten fordern, daß das Bewußtsein der Verantwortung jedes einzelnen der Allgemeinheit gegenüber erwacht. Es genügt jetzt nicht, mit Worten und Reden allein zu protestieren — der große Protest ist die Tat.

Berlin, den 17. Mai 1919.

Das Reichsernährungs-Ministerium.

Vorstehender Aufruf wird hiermit zur öffentlichen Kenntnisnahme bekannt gemacht. *1552

Eilenburg, den 4. Juli 1919. **Der Magistrat.**

Moderne Landsknechte

— im neuen Gewand (gebunden) —

von **Ernst Däumig.**

Preis 1.75 Mark.

Porto 15 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42|44,

und sämtliche Volksblatt-Austräger.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Insertionsbeitrag 10 Pf. jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor

Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr, im Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- und Mädchenchor.

Jeden Mittwoch ½9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Turnverein Fichte.

Vereinslokal Volkspark.

Turnstunden finden statt: Männer-Abteilg. Norden: Dienstags und Freitags von 8 bis 10 Uhr.

Turnerinnen-Abteilung: Mittwochs v. 8 b. 10 Uhr: Oberrealschule Staudestr.

Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5–7 Uhr.

Schülerinnen-Abteilung: Donnerstag, v. 5–7 Uhr. Volkspark-Turnhalle.

Männer-Abteilg. Süden: Montags u. Donnerstags von 7 bis 9 Uhr.

Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5–7 Uhr. Johannesschule, Liebenauerstraße.

Sonntags vormittags von 7½ bis 10½ Uhr. Volkstümliches Turnen und Spiele auf d. Sandanger.

Freunde und Gäste willkommen.

Sonnabend, d. 5. Juli, abends 7 Uhr, im Volkspark:

Vorstands-Sitzung.

Sämtliche Ausschuß-Mitglieder sind zu dieser Sitzung eingeladen.

Sonntag, den 6. Juli: Ausflug nach der Heide. Abmarsch ½3 Uhr, vom Volkspark.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"

Vereinslokal:

— **Kiebeck-Bräu.** —

Sonnabend, den 5. Juli: Wanderung. Rund um Jena. Abfahrt abds. 6.22 bis Zwätzen Kunitzburg.

Dienstag, den 8. Juli: Außerord Mitglieder-Versammlung.

Mandolinen-Zirkel Frohsinn

Halle (S.)

Jeden Dienstag und Freitag: Uebungsstunden im Restaurant z. Plauderecke Auguststraße.

Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. eines jed. Monats: Vereinsabend daselbst.

Freitag, den 4. Juli:

— **Wasserfahrt.** —

Treffpunkt ½8 Uhr: Peißnitzbrücke.

Sonnabend, den 5. Juli, pünktlich 8 Uhr:

Komitee-Sitzung.

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle.

Freitag, den 25. Juli, abends 7 Uhr, im Volkspark:

Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.

Vereinslok.: **Gold. Kette.** Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Deutsch. Buchbinder-Verbd.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.

Dienstag: **Singestunde**

Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, im Burgschlößchen:

Versammlung.

Der Vorstand.

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.

Jeden 1. Donnerstag im Monat abds. 7½ Uhr: **Sitzung im „Thüringer Hof".** **Der Vorstand.**

Eisleben.

Gesangverein Hoffnung.

Sonntag, vormittag 8 Uhr, bei Fessel:

— **Singestunde.** —

Der Vorstand.

Lumpen, Wolle, Neutuch, Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchsten Tagespreisen und holt auf Wunsch ab 2292

Ludwig, Schwetschkestr. 34.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190704-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 4. Juli 1919.

Massenprotest gegen Massenhunger.

Um die Mißstände der städtischen Ernährungspolitik in aller Oeffentlichkeit zu geißeln und scharf zu protestieren gegen die etwa bestehende Absicht, den Arbeiterrat zu einem bloßen Dekorationsstück herabzuwürdigen, hatte sich die Hallische Arbeiterschaft gestern nachmittag zu Tausenden im Volkspark versammelt. Die offenkundige Erregung der Versammelten zeigte deutlich, daß, wenn nicht umgehend eine Aenderung in der Ernährungsfrage eintritt, dann es auch in Halle leicht zu solchen sozialen Zuckungen kommen kann, wie sie übrigen Deutschland.

Genosse Bowitzki verstand es, in trefflichen Worten, und gestützt auf ein reiches Tatsachenmaterial, den Anwesenden das vor Augen zu führen, was sie täglich am eignen Leibe spüren. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die Giftpflanzen aus dem Körper des deutschen Volkes auszurotten, die der Krieg eingepflanzt hatte. Auch der Wucher und Schleichhandel sei eine solche Giftpflanze. Nicht nur während des Krieges, sondern auch noch heute verständen es die kapitalistischen Haifische, aus der Not des Volkes ihre Tasche zu füllen. Die Arbeiter- und Soldatenräte hätten am Anfang der Revolution gerade in der Ernährungsfrage ersprießlich gewirkt. Bald sei die Kontrolle aber den Behörden unbequem geworden. Scheidemann habe dann den bekannten Erlaß herausgegeben, daß sich die Arbeiterräte aller Eingriffe zu enthalten hätten. Der Hallische Magistrat denke gar nicht daran, fest zuzugreifen. Mit leeren Versprechungen sei der Arbeiterschaft aber nicht gedient. Was habe man der Bevölkerung nicht schon versprochen? Auslandswaren sollten wir in Massen erhalten. Bis jetzt haben wir nichts oder nur herzlich wenig davon gesehen. Der Redner schilderte dann die völlig unzureichende Verteilung und die unerschwinglichen Wucherpreise. Wo bleibe da die Polizei, die Organe der Sicherheit? Nichts durchgreifendes werde unternommen gegen die Schieberpraktiken. Man biete der Bevölkerung völlig ungenießbare Lebensmittel. Frisches Fleisch und Butter kenne die Hallische Arbeiterschaft nur noch dem Namen nach. Dafür biete man Roßfleisch an. Der Magistrat habe einen großen Plan aufgestellt über die Verteilung von Roßfleisch. Von Fachleuten sei erklärt worden, der Magistrat habe mit den Roßschlächtern ein Abkommen getroffen, wonach das Fleisch zu Konserven verarbeitet werden soll, wenn die Richtpreise nicht eingehalten werden können. Genosse Bowitzki ging nun näher auf die Frage ein. Er zeigte an der Verteilung der Seefische, Fett, Butter, Kartoffeln, Konserven die ungenügende und verkehrte Ernährungspolitik des Magistrats. Auch die Preispolitik geißelte er in scharfer Weise. Bei einem Durchschnittslohn von 70 Mk. sei die Hallische Bevölkerung nicht in der Lage, auch nur die auf Marken zugeteilten Lebensmittel zu kaufen. Der Magistrat sei voll verantwortlich für seine Ernährungspolitik. Der Redner ging dann auf die schweren gesundheitlichen Folgen ein und behandelte die Gefahren des freien Handels, der von verschiedenen Seiten aus gewünscht werde. Die Arbeiterschaft müsse alles tun, den Magistrat vorwärtszutreiben. Er warne aber vor Gewalttätigkeiten. Mit einem Appell an die Versammelten, alles einzusetzen, um solche Ernährungsverhältnisse herbeizuführen, die zur Erhaltung der Arbeitskraft unbedingt notwendig seien, schloß Bowitzki seine Ausführungen. Starker Beifall belohnte den Redner.

In der Aussprache meldete sich der hier rühmlichst bekannte kommunistische Wanderredner zum Worte, um in langatmigen, mit dem eigentlichen Thema in keinerlei Zusammenhang stehenden Ausführungen die Politik der U. S. P. oder vielmehr ihrer Führer in der sattsam bekannten Weise herunterzureißen. Es waren die bekannten alten Ladenhüter, mit denen man in jeder Kommunistenversammlung, erfreulicherweise stets mit negativen Erfolgen, hausieren geht. Und es kostete der Versammlungsleitung erhebliche Mühe, die durch das provozierende und den Zweck der Veranstaltung in Frage stellende Auftreten des Redners ungeduldig werdenden Massen zu besänftigen. Man bedeutete ihm, daß die U. S. P. sich vor einer Kritik ihrer Politik nicht zu fürchten brauche, daß man es aber ablehnen müsse, die heutige Versammlung, die sich mit der Lebensmittelpolitik des Hallischen Magistrats beschäftigen solle, zum Schauplatz einer Auseinandersetzung über die Tiraden der kommunistischen Schlagwortpolitiker zu machen.

In seinen kurzen, kernigen Schlußworte wies der Referent mit Recht und unter tosendem Beifall der Versammelten darauf hin, daß der kommunistische Redner während seiner fast einstündigen Ausführungen nur in seinem einzigen Satz die Regierung Ebert-Scheidemann kritisiert und zu dem Verhandlungsgegenstand: Die Ernährungspolitik des Hallischen Magistrats nicht ein einziges Wort gesagt hatte. Er ermahnte die Versammelten eindringlich, einig und geschlossen zu bleiben, und sich durch die Quertreibereien von links nicht beirren zu lassen. Die folgende Entschließung, welche dem Magistrat übermittelt werden soll, fand einstimmige Annahme:

„Die am 3. Juli im Volkspark tagende, von tausenden Hallischen Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte Versammlung spricht dem Magistrat für die von ihm bisher betriebene Ernährungspolitik die schärfste Mißbilligung aus. Die Versammelten können sich des Gefühls nicht erwehren, daß gewisse Kreise ein Interesse daran haben, wenn die Bevölkerung Halles für ihre konsequent sozialistische Gesinnung mit Stockprügeln auf den Magen gezüchtigt wird. Sie fordern mit aller Entschiedenheit, daß man nicht wie bisher nur Versprechungen macht, sondern endlich ausreichende und billige Lebensmittel liefert. Die Versammelten fordern ferner, daß dem schamlosen Wucher und Schleichhandel mit Lebensmitteln endlich Einhalt geboten und rücksichtslos durchgegriffen wird. Nur wenn der Arbeiterrat seine Kontrolltätigkeit ungehindert ausüben kann, ist Besserung zu erwarten."

Da die Versammlung durch die Ausführungen des Kommunisten über Gebühr in die Länge gezogen worden war, schlug die Leitung vor, auf die Entgegennahme des zweiten Referats über den Kampf um die kommunalen Arbeiterräte zu verzichten und durch Annahme einer Entschließung gegen eine etwa beabsichtigte Auflösung des Hallischen Arbeiterrates ganz energisch zu protestieren. Die Versammelten stimmten dem Vorschlage zu und erklärten einmütig, mit allen Mitteln dahin wirken zu wollen, daß das Weiterbestehen des Arbeiterrates gewährleistet wird, weil sie in ihm eine geeignetste Körperschaft erblickt, die das Festhalten der revolutionären Errungenschaften garantiert.

Durch Annahme einer weiteren Entschließung wurde stürmisch die sofortige Haftentlassung unserer Genossen Kilian und Ferchlandt gefordert. Beide Genossen werden beschuldigt, Handlungen begangen zu haben, die auf eine Umgestaltung der früheren Regierung Scheidemann hingezielt haben sollen. Die ihnen zur Last gelegten Vergehen stehen — wenn sie überhaupt begangen worden wären — aber in gar keinem Verhältnis zu den gemeingefährlichen Umtrieben der Militärkamarilla, die ganz offen mit militärischer Gewalt zur Beseitigung der Regierung auffordert. Diesem Treiben sieht die Regierung ruhig zu und tut nicht das geringste gegen die gegenrevolutionären Gesetzesverächter. Durch Ueberlendung der Entschließung an den Reichsministerpräsidenten Bauer und den preußischen Ministerpräsidenten soll dem Verlangen nach sofortiger Haftentlassung der beiden unschuldig Inhaftierten besonderer Nachdruck verliehen werden.

Der Vorsitzende ermahnte die Versammelten, sich durch die zahlreich anwesenden Lockvögel zu keinerlei Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, und schloß hierauf die durch das herausfordernde Auftreten der kommunistischen Schreier und die Hetzrufe der Provokateure in ziemliche Erregung geratene Versammlung.

Eine Milderung der Gasnot

soll durch den Bau einer Wassergasanlage in der städtischen Gasanstalt erreicht werden. Der Magistrat hat eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet; der Haushaltsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung beriet in seiner gestrigen Sitzung darüber. Der chronische Kohlen- und Gasmangel macht die Neuanlage zu einer Notwendigkeit. Der Plan dazu entstand aus der Erkenntnis, daß mit einer besseren Kohlenversorgung sobald wohl noch nicht zu rechnen sein wird. Als Betriebs- und Verwertungsstoff zur Erzeugung von Wassergas dient hauptsächlich Koks. Durch ein besonderes Verfahren, Vermehrung der Regeneratoren, wird dem Koks der noch in ihm enthaltene Kohlenstoff entzogen und daraus Wassergas erzeugt. Das so gewonnene Wassergas wird dann etwa in der Menge von einem Drittel bis zur Hälfte mit dem übrigen Gas vermischt. Nach den Versicherungen von Sachverständigen soll die Leucht- und Heizkraft des Gases durch die Vermischung nicht vermindert werden. (?) In einer ganzen Reihe von Städten, so in Leipzig, Magdeburg usw., besteht das Verfahren schon seit Jahren, und es soll sich durchaus bewährt haben.

Der Bau der Anlage ist auf 470 000 Mk. veranschlagt; ausführen wird ihn wahrscheinlich die Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik in Dessau. Der Haushaltsausschuß stimmte der Vorlage einstimmig zu, weil er die durch sie angestrebte Verbesserung der Gasversorgung für unerläßlich hielt. — Die Bauausführung soll so beschleunigt werden, daß die Anlage bereits am 1. Dezember dieses Jahres in Betrieb genommen werden kann.

Betrachtungen über den Klüberprozeß.

Ein Todesurteil, 51 Jahre Zuchthaus, 6 Jahre Gefängnis.

„Wer Wind sät, wird Sturm ernten." Mit diesen Worten, die der Erste Staatsanwalt in den Sitzungssaal schleuderte, offenbarte er den politischen Charakter des Prozesses. Wer mit einer solchen Leidenschaft für das gesetzlich höchste Strafmaß eintritt, den Angeklagten die geringste Milde verweigert, dem ist es nicht mehr allein darum zu tun, dem Gesetze zu genügen. Der wird geleitet von dem blinden Haß, von dem unabänderlichen Willen, ein Exempel zu statuieren. Für den handelte es sich bei dem Ermordeten nicht mehr um den Menschen, sondern um den Offizier und Standesangehörigen Oberstleutnant v. Klüber. Und die Geschworenen haben diese Mahnung verstanden. Das Bürgertum von Halle und weit darüber hinaus kann mit dem Urteil zufrieden sein. Ein dem Tode Geweihter, 51 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Gefängnis hat das Gericht als hinreichende Sühne erachtet.

Die Beweisaufnahme läßt keinen Schluß zu, der ein solches Urteil rechtfertigte. Sie ist so lückenhaft und widersprechend, daß man nur gewaltsam eine unumstößliche Grundlage schaffen konnte für ein so grauenhaftes Urteil. Gewiß ist die Tat zu verdammen, und wir haben sie schon damals mit aller Schärfe verurteilt. Trotzdem hatte die bürgerliche Presse versucht, auf unser Konto das Verbrechen zu buchen. Und auch gestern hat man den Gerichtssaal wieder benutzt, um die Unabhängige Partei der eigentlichen Urheberschaft zu bezichtigen. Wie ein roter Faden zog sich durch den Prozeß die Entrüstung über den bestialischen Mord. Wir verstehen die Entrüstung, haben aber gar keine Veranlassung, gegenüber den unzähligen proletarischen Revolutionsopfern, gerade diese Tat als Schulbeispiel anzusehen. Wenn der Herr Staatsanwalt meint, nie habe Deutschland eine solche Untat gesehen, dann scheint die Abschlachtung unserer unvergeßlichen Kämpfer Liebknecht und Luxemburg keinen Eindruck auf ihn gemacht zu haben. Und wie war es bei Meseberg? Kalt berechnend, vorsätzlich hatte man ihn nachts aus dem Bette geholt und hinterhältig ermordet. Ist das aus Ihrem Gedächtnis ausgelöscht, Herr Staatsanwalt? Doch kehren wir zu dem Prozeß zurück. Oberstleutnant v. Klüber, Nachrichtenoffizier im Kriegsministerium, hatte sich, von Weimar kommend, der Expedition Maerckers freiwillig angeschlossen. Er hat dann bei den Unruhen am 2. März in der Saale den Tod gefunden. Halle war während des Generalstreiks eine völlig ruhige Stadt. Erst nach dem Einzug der Nosketruppen und der Auflösung der Sicherheitswehr ist es zu den bedauerlichen Vorfällen gekommen, in deren Verlauf Klüber ermordet wurde.

Der zehntägige Prozeß war reich an dramatischen Auftritten. Die Seelenqualen der Angeklagten und ihrer Angehörigen steigerten sich von Tag zu Tag. Der Zuhörerraum war immer dichtgefüllt, großenteils von bürgerlichen Leuten, die ein Schauspiel genießen wollten. Die Objektivität des Vorsitzenden wurde von allen Seiten hervorgehoben. Wir haben ihn aber auch kennengelernt als einen harten Richter. Der Herr Staatsanwalt begründete das Versagen mildernder Umstände damit, daß das gesunde Rechtsgefühl des Volkes ein mildes Urteil nicht verstehen würde. So kann nur jemand sprechen, der unter Volk die bürgerliche Klasse versteht, das Rechtsempfinden der großen Masse völlig mißachtet. Wir wollen nicht darüber streiten, ob die Angeklagten der Massenpsyche oder Suggestion verfallen waren, sondern klar aussprechen, daß sie die Opfer der bestehenden Verhältnisse sind. Und da die schlimmen Zustände nur die Folgen der verbrecherischen Politik der herrschenden Klasse sind, muß man die Angeklagten als ihre Opfer bezeichnen. Und da haben wir in dem Staatsanwalt selbst einen Kronzeugen. Er hat sich den Ausspruch des Sachverständigen Siefert zu eigen gemacht, wonach der Eintritt in das Lazarett die Schicksalsstunde des Angeklagten Bauer gewesen sei. Damit unterstellt er als wahr, daß der Krieg verrohend, moralisch und sittlich verkommend gewirkt hat. Wir müssen uns auch die Frage vorlegen, gehören die Verurteilten dem „Mob" an? Nein, sicher nicht. Auffallend ist, daß die meisten von ihnen unbestraft sind, alle im Felde waren und sich „gut" geführt haben. Ist das nicht der sicherste Beweis, daß sie Opfer des Krieges geworden sind? Und sie legt es auch heute wieder mit erschreckender Deutlichkeit klar, daß die Plünderungen und Unruhen nicht leicht bewertet werden dürfen. Fast fünf Jahre Krieg und Hungerblockade haben die Menschen entnervt und für Verbrechen empfänglich gemacht. Nur der Herr Staatsanwalt ist blind für die Zeichen der Zeit, die selbst seinen Klassengenossen deutlich zum Bewußtsein kommen. Er will die Angeklagten vernichten, um dem Gesetz Genüge zu tun. Und wenn er Aussprüche der Angeklagten, die eine gewisse Genugtuung über die Tat wiedergaben, als strafverschärfend anzieht, so verweisen wir auf das teuflische Grinsen des Bürgertums bei dem Abschlachten proletarischer Revolutionsopfer. Die juristischen Spitzfindigkeiten über Landfriedensbruch, Zusammenrottung mehrerer Menschen zu einer strafbaren Handlung, waren angebracht im wilhelminischen Zeitalter, aber nicht mehr für die Revolutionszeit. Wenn je in einem Prozeß die Reform des Strafgesetzbuches augenscheinlich wurde, so hier. Die revolutionäre Energie der Massen dürften sich recht wenig um das verletzte Rechtsempfinden einer Staatsanwaltschaft kümmern, die die toten Paragraphen des Strafgesetzes mit den sozialen Erscheinungen nicht in Einklang bringen kann. Wenn der Herr Staatsanwalt die Hoffnung aussprach, daß auch die übrigen Mitschuldigen der gerechten Strafe nicht entgehen werden, so stimmen wir mit ihm überein. Wir sind überzeugt, daß das revolutionäre deutsche Volk auch den letzten Verbrecher zur Rechenschaft ziehen wird, der es in diese unheilvolle Lage gebracht hat, und die indirekt schuldig sind am dieser verwerflichen Tat.

Dem alldeutschen Rechtsanwalt Spilling war vorbehalten geblieben, das politische Moment in die Verhandlung zu bringen. Es ist bedauerlich, daß der Gerichtssaal benutzt werden darf zu einer so wüsten Schmährede gegen die organisierte deutsche Arbeiterschaft. Der Obernationalist hatte jedenfalls übersehen, daß der Reichspräsident Ebert und der berüchtigte Noske auch zu den „Verführern" gehört, die jahrzehntelang die Massen „aufgehetzt" haben und nun vor ein Volksgericht gestellt werden sollen. Der Herr Staatsanwalt gab noch seiner Freude Ausdruck, daß die Geschworenen als „Vertreter des Volkes" das Urteil sprechen könnten. Es dürfte ihm aber nicht unbekannt sein, auswelchen Kreisen sich die Geschworenen zusammensetzen: Kaufleute, Gutsbesitzer, Mittelständler aber kein Arbeiter. Es ist für die Auffassung des Staatsanwalts bezeichnend, daß er die Arbeiterklasse als nicht zum Volke gehörig betrachtet. Oder sollte er die Arbeiter für unfähig halten, als Geschworene zu fungieren. Wir bezweifeln nicht, daß die Geschworenen nach bestem Wissen und Gewissen, wie es so schön in der Eidesformel heißt, geurteilt haben. Aber das bürgerliche Rechtsempfinden verlangt eine schwere Sühne, und dem haben sich die bürgerlichen Klassenrichter nicht entziehen können. Sie haben die sozialen Erscheinungen nicht verstanden. Das zeigt das harte Urteil. Die Arbeiterschaft aber wird aus diesem Urteil einer Klasse gegen die andere die Lehre ziehen, wie notwendig es ist, gründlich zu reformieren. Erst durch das Volk gewählte Richter werden Urteile fällen können, die wirklich dem Rechtsempfinden des Volkes entsprechen. Für dieses Urteil aber gelten die Worte: Wer Wind säet, wird Sturm ernten.

Stadtverordneten-Fraktion. U. S. P.

Heute Freitag 1/2 8 Sitzung

Volkspark. Sonnabend, den 5. Juli, abends 8 Uhr, findet großer Bunter Abend statt. Sonntag, den 6. Juli, Großes Garten-Konzert.

* **Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr.** Anfrage betreffend den Mittleren Arbeiterrat; Entschädigung für Teilnahme an Sitzungen; Errichtung einer Wassergasanlage; Aenderung des Bebauungsplanes südlich vom Bergmannstrost; Ausbau der Straßen auf dem Gelände des Bauvereins für Kleinwohnungen; Nachbewilligung für Kleinwohnungen auf dem Roßplatz; Bewilligung einer Beihilfe; Gründung von Lehrstellen; Erhöhung der Teuerungszulagen; Bewilligung von Zulagen für Lehrpersonen; Unfallfürsorge für Beamte; Antrag auf Entlassung von Hilfskräften; Antrag auf anderweitige Zusammensetzung des Hauptausschusses des Jugendamtes; Antrag betreffend Unterkunftsräume für Jugendliche. — Nichtöffentliche Sitzung: Anstellung eines Beamten.

* **Heiger von rechts.** Die gestrige Massen-Versammlung hallischen Arbeiterschaft, in der die Lebensmittelfragen besprochen wurden, hat bei gewissen Leuten, die sich ärgern, keine Begeisterung zu haben, Anstoß erregt. Das „sozialistische" Revolverblättchen der Ulrichstraße benutzt die Gelegenheit, ein bischen zu denunzieren und den Unabhängigen vorzuwerfen, sie wollten putschen, und das höhere Ziel der Lebensmitteldemonstration seien eingeschlagene Fensterscheiben, Belagerungszustand und Klüber-Affären gewesen. Allmählich wirkt dieses krankhafte Bemühen der Sozialvatrioten, uns eine Putschtaktik an den Hals reden zu wollen, geradezu abstoßend. Man hängen kein sachliches Material, mit dem man kämpfen könnte, deswegen dieses schofle Denunziantentum. Die Rechtssozialisten wissen ganz genau, wie sehr unsere Partei die Putsche verwirft, wie wir uns bemühen, die Arbeiterschaft zu einer einheitlichen revolutionären Masse zu sammeln. Aber es ist ja schließlich kein Wunder, daß das Noskeblättchen eine solche Taktik verteidigt, denn der Federbeld, der mit seine tiefen „Geist" das lokale Mistbeet düngt, hat seit dem 9. November als er sein sozialistisches Herz entdeckte, noch nicht die nötige Erfahrung in der Arbeiterbewegung gesammelt, um zu wissen, daß ein Marxist niemals ein Putschist sein kann. Da braucht man sich nicht wundern, wenn solch ein Novembersozialist sich von Zeit zu Zeit auf altgewohnte, bürgerliche Weise gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ausschleimen und denunzieren muß.

* **Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und endigen am 15. September.** In dieser Zeit ruht der Betrieb aller nicht schleunigen Sachen sowohl in bezug auf die Abhaltung der Termine als auch auf die Abfassung von Entscheidungen. Feriensachen sind Strafsachen, Arrestsachen und die eine einstweilige Verfügung betreffenden Sachen. Miet- und Marktsachen, Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern von Wohnungs- und anderen Räumen wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung derselben, sowie wegen Zurückbehaltung der vom Mieter in die Mietträume eingebrachten Sachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird.

* **Der Kirschenpreis soll sinken.** In der gestern nachmittag stattgefundenen Versammlung der Obst- und Grünwarenhändler im St. Nikolaus, zu der auch Mitglieder des Arbeiterrats eingeladen waren, wurde mitgeteilt, daß die Kirschen in der nächsten Woche in Halle für den Preis von 1,30 bis 1 Mk. verkauft würden. — Immer noch teuer genug.

* **Zum Kirschenwucher.** Die Erregung über den Vorgang auf dem Riebeckplatz zitterte noch heute nach, denn verschiedene empörte Arbeiter wollten sich einmal die Dame näher ansehen, die 164 Mk. Wuchergewinn täglich einnimmt. Zur Aufklärung teilen wir mit, daß dort mehrere Stände sich befinden und daß die Vorgänge, über die wir berichteten, sich bei dem Stand am Apollo-Theater abgespielt haben. Die Frauen, welche die anderen Stände besitzen sind nicht die Angelegenheit verwickelt.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, wird das Lustspiel Kümmelblättchen gegeben. Sonnabend Die Rose von Stambul. Sonntag nachmittag 3 Uhr Volksvorstellung Sappho, abends 7 Uhr Siegfried. Montag Alt-Heidelberg. Donnerstag, den 10. Juli Kammermusik-Abend der Rosé-Quartetts. — Die bestellten Stammkarten liegen im Bankhaus Steckner zur Abholung bereit. Weitere Anmeldungen werden an der Kasse des Stadttheaters entgegengenommen.

* **Das Walhallatheater** wartet dem Hallischen Publikum wieder mit einer neuen Operette Ihre Hoheit die Tänzerin auf. Die Operette spielt an einem herzoglichen „Hofe" in der Rokokozeit. Der textliche Inhalt und noch mehr die von Walter Goetze komponierte Musik erheben die „Hoheit" über das Niveau andere „moderner" Operetten. Die Musik, zumal die „Zigeunermusik", ist so einschmeichelnd und intim, wie man sie wohl selten findet. Die Rollen liegen in sehr guten Händen. Sehr geschmackvoll ist auch die Dekoration zu nennen. Das Publikum dankte am Schluß den Darstellern mit anhaltendem und verdientem Beifall.

* **Muß das sein?** Recht bittere Klagen wurden uns heute von armen Arbeiterfrauen vorgetragen, die sich darüber beschwerten, daß die Firma Krause bei dem Verkauf von markenfreier Wurst recht ungerecht verfahre. Vornehme Damen hätten gleich bis zu 10 Pfund Wurst eingekauft, während die Frauen, die stundenlang sich anstellen mußten, mit leeren Taschen heimgehen mußten. Es meinen, daß es sich doch leicht bewerkstelligen läßt, daß jeder Kunde gleich, welchen Standes er ist von der begehrten Ware etwas erhält.

Löbejün. Stadtparlament. In einer für dringlich anerkannten Stadtverordnetensitzung am 30. Juni wurde der Ankauf des Bruderschen Grundstücks mit 56 Morgen Land und sämtlichen lebenden und toten Inventars für 95 000 Mark einstimmig beschlossen. Um den Anforderungen für Einrichtung von Schrebergärten, Abgabe von Bauplätzen und Bereitstellung von Pachtland nachkommen zu können

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190704-15/fragment/page=0005

war es notwendig, diesen beschleunigten Ankauf vorzunehmen. Gemüsefrüchte, die sich dazu eignen, wie Bohnen, Erbsen und Kartoffeln, erntet die Stadt ab, alles andere wird in kleinen Parzellen verkauft. Weiter wurde der Magistrat ermächtigt, soviel Kohlenvorrat anzukaufen, daß der dringendsten Not bei strengem Winter entgegengetreten werden kann. Die Kosten zur Reparatur der Wohnung des Gerichtsdieners Lackmann wurden bewilligt. Der Gewährung von 8—14 Tagen Ferien für städtische Arbeiter und Beamte wird zugestimmt. Da der Einkaufspreis für die bereits für 30 Mark pro Zentner verkauften Auslandskartoffeln noch nicht feststeht, aber 35—45 Mark betragen soll, wird beschlossen, die Differenz auf die Stadtkasse zu übernehmen.

Aus den Gerichtssälen.

Mordprozeß Klüber.

10. Verhandlungstag. Die Rechtsbelehrungen des Vorsitzenden waren sehr lehrreich und lebendig gemacht durch treffliche Beispiele. Aber gerade diese Beispiele zeigten, wie wenig sich die Richter an die starren Paragraphen des Gesetzbuches halten dürfen, wie sehr sie die Eigenart des Angeklagten, seine soziale Lage prüfen mußten, wie zuletzt alle Vergehen in der bürgerlichen Eigentumsordnung wurzeln. Wenn der Vorsitzende meinte, daß der Vorgang einen faszinierenden Eindruck gemacht habe, daß die Umstehenden nun einmal sehen wollten, was los war, so durfte das bei der Beurteilung der Teilnahme am Landfriedensbruch sehr wertvoll sein. Es sind bisher Leute verurteilt worden, weil sie sich in einer zusammengerotteten Menschenmenge befunden hatten. Da jede Zusammenrottung ein außergewöhnlicher Vorgang ist, durfte nach der Auffassung des Vorsitzenden, ein faszinierender Eindruck zur Teilnahme angeregt haben.

Nach Bejahung der meisten Schuldfragen wurde in den Nachmittagsstunden das Urteil verkündet: wegen Mordes und schweren Landfriedensbruches Bauer

zum Tode verurteilt,

wegen Totschlags und schweren Landfriedensbruchs Fiedler zu 9 Jahren Zuchthaus (Antrag: 10 Jahre), Kyritz 10 Jahre Zuchthaus (Antrag 12 Jahre), Richter 12 Jahre Zuchthaus (Antrag 15 Jahre), Gierhold 13½ Jahre Zuchthaus, einschließlich der früher verhängten Strafe (Antrag 13 Jahre) wegen einfachen Landfriedensbruchs Jungmann zu 2 Jahren Gefängnis, Antrag 1½ Jahr; Suhle 6 Monate Gefängnis, Antrag 1½ Jahr; wegen schwerem Landfriedensbruchs Mädel zu 6½ Jahre Zuchthaus, Antrag 6 Jahre; wegen gefährlicher Körperverletzung Kelz zu 6 Monaten Gefängnis, Antrag 1½ Jahr. Musculus wurde freigesprochen.

Aus der Provinz.

Ein würdiger Abgang.

Am 1. Juli ist bekanntlich Herr von der Schulenburg, der Oberpräsident der Provinz Sachsen, in den „Ruhestand" getreten. Mit folgenden schönen Worten verabschiedet sich dieser Herr von seinem Amte, welches „sein König" ihm anvertraut hatte:

„Durch Anordnung der gegenwärtigen Preußischen Staatsregierung auf Grund des § 8 der Verordnung vom 26. Februar d. J. zum 1. Juli in den einstweiligen Ruhestand versetzt, scheide ich mit Ablauf des heutigen Tages aus dem Amte, welches mein König mir an der Spitze meiner geliebten Heimatprovinz anvertraut hatte.

Durch Wohnsitz und, so Gott will, durch Grundbesitz bleibe ich derselben verbunden, jederzeit gern bereit jedem Bestreben zu dienen, welches auf den Wiederaufbau unseres zerrütteten Volkslebens in dem Geiste der Selbstlosigkeit, Selbstzucht und Arbeitsfreudigkeit abzielt, den unsere Markgrafen, Kurfürsten und Könige in 500jähriger weltgeschichtlicher Herrschertätigkeit so erfolgreich unter uns gepflegt haben."

Das ist die anmaßende Sprache eines echten preußischen Krautjunkers. „So Gott will", wird das revolutionäre Proletariat es verhindern, daß er und seine Spießgesellen noch lange „durch Grundbesitz" mit der Provinz verbunden bleibt. Das Volk wird jederzeit gern bereit sein, ihm möglichst viel Gelegenheit zu geben, durch produktive Arbeit den Geist der Selbstlosigkeit zu beweisen, den ihn seine Markgrafen und Könige (besonders Wilhelm der Letzte!) gelehrt haben.

Weitere Mittel für die Wipperthalbahn.

Für den Bau dieser Nebenbahn sind durch Gesetze vom 30. Juni 1911, 10. Juni 1914 und 22. April 1917 insgesamt 4 898 000 Mk. bewilligt worden. Infolge der außerordentlich gestiegenen Arbeitslöhne und Baustoffpreise ist es nicht möglich, die Nebenbahn mit den zur Verfügung stehenden Mitteln betriebsfähig fertigzustellen. Die Mittel müssen um weitere 2 800 000 Mk., mithin auf 6 698 000 Mark verstärkt werden. Wie uns Genosse Christange aus der Landesversammlung weiter mitteilt, haben die Mansfelder vorläufig keine Aussicht, die dringend gewünschte Bahn Eisleben-Alsleben zu erhalten, da die Finanzen des Staates sehr ungünstig sind.

Teutschenthal. Ein Mord. Zwei gute Freunde, darunter der junge Böttcher H. Schalk, fuhren am Dienstagabend nach der Gräfendorfer Feldflur, um etwas Klee für ihr Kleinvieh zu holen. Sie meinten, das sei kein Verbrechen. Dabei gerieten sie mit dem [illegible] zusammen, der ihnen befahl, den Klee wieder abzuladen. Dann erschien der Bauer Hochheim, der über Schalk mit dem Gewehrkolben herfiel. Da sich dieser wehrte, entwickelte sich ein Streit und mit Hilfe einiger Flurhüter wurde Schalk schwer mißhandelt. Statt ihn nun gehen zu lassen, befahl der Bauer Hochheim den Flurhütern beiseite zugehen und schoß aus einer Entfernung von 8—10 Metern auf den Waffenlosen, der tot zusammenbrach. Nach der Mordtat war das Betragen des Schützen Hochheim entsprechend. Er befahl dem Freunde des Ermordeten, den Leichnam auf den Handwagen zu laden und ihn wegzufahren. Wenn Sie alle beide gekommen wären, um Klee zu mausen, so könnten sie auch beide wieder zusammen nach Hause fahren. So wird ein junger Proletarier seines Lebens beraubt, wegen eines kleinen Vergehens gegen das heilige Eigentum. Aber die Großagrarier können täglich ungestraft das Volk betrügen und auswuchern. — Die Beerdigung unseres jungen Genossen, der auf so schreckliche Art sein Leben einbüßen mußte, findet am Sonntag nachmittag um 4 Uhr statt. Es wird uns noch von den Angehörigen geschrieben, daß nicht, wie in der Todesanzeige steht, der Amtsvorsteher, sondern sein Bruder den tödlichen Schuß abgegeben hat.

Artern. Uebertritt zur Unabhängigen Partei. Auch im Kreise Allstedt, der weimarischen Enklave im Kreise Eckartsberga, beginnt der Mehrheitsturm zu wanken. So steht der Ortsverein Kalbsrieth, der schon seit einiger Zeit den rechtssozialistischen Verrätern die Beiträge gesperrt hat, im Begriffe, nun endgültig diesen Sozialpatrioten den Rücken zu kehren. Am Mittwoch fand eine Versammlung statt, in der Genosse Scholem-Halle über die Politik der U. S. P. referierte. Eine in der Mitgliederversammlung des Vereins, die nach der öffentlichen Versammlung stattfand, vorgenommene Abstimmung ergab einstimmig den Anschluß an die U. S. P.

Das Weimarer rechtssozialistische Blatt wird abbestellt und engere Verbindung mit den übrigen Ortsgruppen im Kreise Allstedt, die bereits zur U. S. P. gehören, hergestellt werden. Ganz besonders zu begrüßen ist es, daß der Uebertritt geschlossen erfolgt, so daß nach wie vor die Einigkeit im Orte gewahrt bleibt. Eine starke Ortsgruppe hat sich damit unsrer Partei angeschlossen, denn im Dorfparlament sitzen sechs sozialistische gegen zwei bürgerliche Vertreter, und 125 neue Mitglieder, die nicht an letzter Stelle kämpfen werden, hat damit unsere Partei gewonnen.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Gottlieb Kasparek; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Walhalla-Operetten-Theater.
Ensemble-Gastspiel
Dir. Felix Meinhardt.
Der Operettenschlager:
Ihre Hoheit — die Tänzerin.
Musik von Walter Götze.
Anfang ½8 Uhr
Kasse 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Stadttheater
Sonnabend, 5. Juli 1919, Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr.
Die Rose von Stambul,
Operette von Leo Fall.
Sonntag nachmittag:
Sappho. 2291
Sonntag abend:
Siegfried.

Restaurant Goldene Spitze
(Spitze 11/12). 2284
Sonnabend
Gr. Preis-Skaten.
Anfang 8 Uhr
wozu ergebenst einladet
Fr. Seifert und Frau.

Osendorf.
Gasthaus Dreierhaus.
Sonntag, den 6. Juli
nachmittags von 3 Uhr an
öffentliche
Tanzmusik.
Es ladet freundlichst ein
*1550 O. Kitzing.

Schiepzig.
Sonntag, den 6. Juli,
von nachm. 3 Uhr an:
Tanzmusik.
2282 E. Dorenberg.

Ziehung 24. Juli
Kreuznach. Los 2 M.
Porto u. Liste 45 Pf. extra
11 Lose nur 20 Mk.
80000
30000
10000
5000
Kölner Los 1 M. Porto und Liste 45 ₰
11 Lose nur 10 Mk.
11 Kreuznach } Porto 30 M.
11 Kölner } u. Liste
A. Eulenberg junior — Lotteriebank Mühlhausen Nr. Z. 7.
*1547

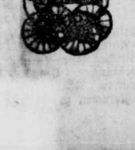
Große Steinstr. 24
Kammer-Lichtspiele
2298
Der Hund von Basceville.
1. Teil.

Ohne Zensur-Ausschnitte :: Neu-Aufführung.
Sherlock Holmes-Detektiv-Abenteuer.
In der Hauptrolle: Alwin Neuss
Hanni Weisse
In Berlin 7 Wochen in einem Theater gespielt.

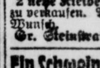
Einer werten Einwohnerschaft von Lettin und Umgegend zur gefl. Kenntnis, dass ich den
Gasthof zur Erholung in Lettin
von Herrn Hirschfeld käuflich erworben habe und bitte, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen.
Für gutgepflegte Getränke usw. ist bestens gesorgt.
Sonntag, den 6. Juli cr., von nachm. 3 Uhr an:
Eröffnungs-Kränzchen
Freier Eintritt. :: :: Freies Tanzen.
Einziges U. S. P. D.-Lokal im Orte.
Hochachtungsvoll *1567
V. Kamp.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität".
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die
Wahl der Delegierten zum Bundestag
nicht am 6. Juli, sondern am 2305
Sonntag, den 13. Juli,
vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, stattfindet.
Der Gauvorstand.
J. A.: Max Bandermann.

Konsum- u. Spargenossenschaft f. Merseburg und Umgeg., eingetr. Genossenschaft m. b. H.
Die ausgeschriebene Lagerhalterstelle ist besetzt. Allen Bewerbern für Bemühungen besten Dank. *1568 Die Verwaltung.



Klappwagen
und 2809
Kinderwagen
Große Auswahl! Moderne Formen!
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstraße 40 u. 41.



Alle Ausführungen
Bönicke,
Höhenstr. 23.
2279

2 neue Kleiderschränke zu verkaufen. Anstrich n. Wunsch. 2286
Gr. Steinstraße 70 III.

Ein Schwein z. Weiterfüttern zu verkaufen *1554
Heraisdorf Nr. 924.

Schneider und Schneiderinnen!
Stoffe für Herren-Anzüge
Stoffe für Damen-Kostüme
Futterstoffe zu Obigen
sowie alle anderen Schneiderei-Artikel,
Heftgarn, Zwirn u. Seide und allerlei Kurzwaren
2311 bringt in empfehlende Erinnerung
Anton Kunz, Schneiderei-Artikel,
Oleariusstr. 10 am Hallmarkt.

Bitte
beachten Sie vor Ihren Einkäufen die Auslagen im Schaufenster des
Partiewaren-Lagers Gr. Ulrichstraße 25
(Ecke Jägergasse). 2310

Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

Maurer und Arbeiter
finden dauernde Beschäftigung.
Petri & Noll, Baugeschäft,
1556 Stedten, Mansf. Seekreis.

Junge
Bauschlosser,
Blechschmiede,
Zuschläger,
Arbeitsburschen
stellen ein *1568
Block & Buschmann,
Aeußere Delitzscher Straße.

Steinmetz
für sofort gesucht. 2285
Wilhelm Meurer, Harz 6, Steinmetz- und Bildhauerwerkstätten.

Für unseren Betrieb
Poststrasse 9/10 *1566
Kastenmacher
Kastenhelfer
für Karosseriebau gesucht.
Ludwig Kathe & Sohn.

Passendorf.
Sonnabend, den 5. Juli 1919, abends 8 Uhr, im Gasthaus Stadt Halle: 1562
:: **Oeffentl. Landarbeiter-Ball** ::
Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Trothaer Kaffeegarten
2304 Sonntag, den 6. Juli **Gartenfest**
bestehend in Konzert, Preisschießen und Kegeln, sowie Ball.
Anfang ½3 Uhr. Geselligkeitsverein Floria.

Achtung!
Bergarbeiter von Halle und Umgegend.
Sonntag, den 6. Juli, vormittags 9 Uhr, im Letzten Dreier, Merseburgerstr. 32:
Gr. öffentl. Versammlung.
Tagesordnung:
Der Kampf um die Sozialisierung und die allgemeine politische Lage.
Referent: Genosse Steiger Peters.
Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. 2297
Der Einberufer.

Beesenlaublingen.
Sonntag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, im Fährhof zu Mukrena:
Mitglieder-Versammlung.
Alle Mitglieder, besonders die Frauen, sind hiermit eingeladen.
*1559 Der Distriktsführer, Otto Hoffmann.

Gekrönte Häupter.
Zur Naturgeschichte des Absolutismus.
Pro Serie in 1 Band gebunden 2,25 Mk., Porto 15 Pf.
Erhältlich in Heften à 30 Pf., Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle, Harz 42/44. F

Gegen-Erklärung.
Zeige hierdurch an, daß die Verlobung mit Herrn H. Fuss nicht von ihm, sondern von mir gelöst wurde. 2298
Meta Stricksner, Halle-Trotha.

Apollo-Theater.
Heute, abends 8 Uhr zum ersten Male:
2306 **Die geschiedene Frau**
Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Gonda . . . Emmy Sturm a. G.
Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

Heute neu!
2 grosse Schlager! **2**
Viggo Larsen
in
Die Edelsteinsammlung.
Kriminal-Sensation in 4 Akten.
Im 100 km-Tempo.
Detektiv-Schlager voll höchster Spannung.
Orpheum
Steinweg 12.
2288

Erfinder!
Für ein Haarnadelpatent bar bezahlt Mark 150 000.—.
Dieselbe Firma sucht weitere gute Erfind. Angeb. schnellst. erb. Kein Erf. versäume, ehe er etw. untern., uns. Broschüre mit 643 Erfinder-Aufgaben u. Gutschein üb. Mk. 20 g. Nachn. od. Voreins. von nur Mk. 2 zu bez.
Allg. Industrie- u. Handelsgesellsch.,
Generalvertreter für Sachsen mit Anhalt: Magdeburg, Luisenstrasse 4. *1546

2 Maurer-Pol. und Maurer s. Heinz, Hohenthurm. *1472

Arbeiter werden eingestellt. Kabelverlegung Magdeburgerstraße. 2299

Familien-Nachrichten.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, sagen wir allen, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten und seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, unsern herzlichsten Dank. Besondern Dank Herrn Albrecht für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie der Partei der U. S. P. D. und dem Bauarbeiter-Verband. Vielen Dank meinen lieben Sangesschwestern, des Frauen- und Mädchenchors Halle, für den erhebenden Gesang am Grabe. Auch herzlichen Dank meinen Mitarbeiterinnen „Ruiches Hof" für die Geldspende, die sie mir zuteil werden ließen. In tiefer Trauer

Frau Minna Schröter geb. Schmidt
und Kinder
2801 nebst allen Angehörigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190704-15/fragment/page=0006